

## «Big Brother pur»

yz. Der Kanton Zürich bereitet ein Polizeigesetz vor, das wie ein Wunschzettel der Polizei aussieht. Nachgefragt bei Viktor Györfly von den Demokratischen JuristInnen Zürich (DJZ), die sich gegen das Gesetz aussprechen.



«Der jetzige Entwurf ist der in Gesetzesform gegossene Wunschzettel der Polizei.» Rechtsanwalt Viktor Györfly von den Demokratischen JuristInnen Zürich.

### Die DJZ und andere laden ein, um ein Komitee gegen das neue Polizeigesetz zu gründen. Worum geht es in diesem Gesetz?

Im Kanton Zürich ist die Polizei ohne formale gesetzliche Grundlage tätig. 1983 gab es schon eine Gesetzesvorlage, diese wurde aber an der Urne bachab geschickt. Jetzt ist ein neuer Entwurf in die Vernehmlassung geschickt worden. In diesem werden die Kompetenzen der Polizei massiv ausgedehnt, und eine ganze Reihe neuer Eingriffsmöglichkeiten sind vorgesehen.

### Was heisst das konkret?

Da sind beispielsweise die Wegweisungs- und Fernhaltekompetenzen. Das läuft auf das hinaus, was in Bern bereits besteht. Kurz gesagt: Wer stört, wird weggewiesen. Konkret dürfte es vor allem um Alkis und die Drogenszene im Bereich der Militär- und Langstrasse gehen und um die Punks in Stadelhofen.

### Es gibt aber noch weitere Kompetenzen als die Wegweisungsmöglichkeit...

Ja, der Entwurf ist der in Gesetzesform gegossene Wunschzettel der Polizei. Da ist zum Beispiel der Schusswaffengebrauch, wo die Ermächtigung sehr weit geht. Mit den schwammigen Begriffen könnte der Verdacht auf einigermassen schwere Sachbeschädigung genügen, damit die Polizei zur Schusswaffe greifen darf. Nach meiner Einschätzung geht es darum, dass die Polizei nach einem Gummigeschoss- oder Tränengaseinsatz sagen kann: «Laut Gesetz hätten wir scharf schießen dürfen.» Die Polizei darf laut dem Entwurf auch praktisch voraussetzungslos Identitätskontrollen vornehmen. Die Voraussetzungen, um jemanden auf den Posten mitzunehmen, sind sehr niedrig, es reicht, wenn es irgendwelche Probleme bei der Kontrolle gibt. Der Gewahrsam wurde zudem ausgedehnt und ist viel leichter möglich. So ist er beispielsweise zulässig, wenn jemand voraussichtlich der fürsorglichen oder vormundschaftlichen Hilfe bedarf. Die Polizei soll die Aufgabe erhalten, Personen Behörden zuzuführen und kann sie dann in Gewahrsam behalten, bis die Behörde die Person in Empfang nehmen kann.

### Gibt es keine Beschränkungen der polizeilichen Befugnisse?

Das Gesetz hat einen allgemeinen Teil, der

Grundsätze postuliert wie die Verhältnismässigkeit. Im konkreten Teil werden der Polizei dann aber zahlreiche Befugnisse eingeräumt, auf die sich diese ohne nennenswerte Einschränkungen stützen können. Wenn zum Beispiel steht, dass bei Verdacht auf schweres Vergehen bei einer Flucht geschossen werden kann, hat das Gesetz die Verhältnismässigkeit bereits zu Gunsten der Polizei entschieden. Die Einschränkungen sind sehr abstrakt formuliert, und die Schwellen für die Polizei werden möglichst tief gelegt. Bereits heute gibt es grosse Schwierigkeiten, die Polizei zu kontrollieren. Die Polizei kann schwerwiegend in Grundrechte eingreifen, ohne dass sich die betroffene Person sofort dagegen wehren kann. Die nachträgliche Kontrolle der Polizei ist eine dornenvolle Geschichte. Das neue Gesetz bringt diesbezüglich keine Verbesserung, sondern nur Erleichterungen für die Polizei. Es ist deshalb geeignet, diese zusätzlich immun zu machen.

### Werden also Polizeikessel wie der in Altstetten oder von Demonstrationen schwieriger anfechtbar?

Massenfestnahmen, Kessel bei Demonstrationen und ähnliches wären gedeckt. Die Polizei kann sagen, dass sie die Identität aller Betroffenen feststellen musste, dass es Probleme gegeben habe und deshalb alle festgenommen werden mussten.

### Auch die Ermächtigung zur Überwachung geht weit...

Ja, die Polizei darf nicht nur nach Belieben Kameras aufstellen, sondern auch Ton- und Bildaufnahmen machen. Das ist Big Brother pur. Sie könnte also die ganze Langstrasse und Umgebung flächendeckend mit Kameras überwachen.

### DJZ, augen auf und Juso gründen ein Komitee gegen das Polizeigesetz. Ist das Ziel, ein Referendum ergreifen zu können?

Ja. Die Vorlage kann bis zur Verabschiedung durch den Kantonsrat noch einige Änderungen erfahren. Wenn das zuletzt verabschiedete Gesetz halbwegs dem jetzigen Vorschlag entspricht, dann ist es inakzeptabel. Für diesen Fall wollen wir bereit sein.

VERANSTALTUNG GEGEN DAS POLIZEISETZ AM 7. NOVEMBER, 19 UHR, IM INFOLADEN KASAMA.

### «Keine Sonderrechte für die Reitschule!»

Eine Initiative der JSVP fordert von der Reitschule einen «ortsüblichen Mietzins». Dies würde für die Reitschule-BetreiberInnen bedeuten, bald bei der Stadt um Subventionen für die dargebotene Kultur fragen zu müssen. Falls die Initiative durchkommen sollte, würde der einzigen unkommerziellen und ehrenamtlich geführten Kulturinstitution der Stadt ein Vielfaches mehr an Kosten anfallen, die gezwungenermassen die Stadt übernehmen müsste. Dagegen kämpft das Komitee «Reitschule Bleibt!» und lädt zum Abstimmungsfest. FREITAG, 28. UND SAMSTAG, 29. OKTOBER MIT FILM, KONZERTEN, THEATER UND ESSEN. MEHR DETAILS? SIEHE WWW.REITSCHULE.CH.

**PdA Bern protestiert.** In einer Medienmitteilung kritisiert die PdA Bern den unverhältnismässigen Polizeieinsatz am 3. antifaschistischen Abendspaziergang von Thun aufs Schärffste. Als inakzeptabel bezeichnet sie die wiederholte Gefährdung der Demonstrierenden durch Gummischrot und Tränengas, die in einer Distanz von etwa fünf Metern auf Kopfhöhe abgefeuert wurden. Die PdA fordert die sofortige Löschung der erhobenen Personendaten und einen Verzicht auf die angedrohten Bussen. WWW.PDA-BERN.CH.

**Junge Alternative protestiert.** Auch die Junge Alternative protestiert gegen das Vorgehen der Polizei am antifaschistischen Abendspaziergang in Thun. Sie unterstreicht, dass sich die DemoteilnehmerInnen durchwegs friedlich verhielten und stellt sich mit Vehemenz gegen diese repressiven und gefährlichen Methoden sowie die damit einhergehende Kriminalisierung von Menschen, die für ihre Anliegen auf die Strasse gehen. WWW.JUNGEALTERNATIVE.CH.

**One Big Union.** Alexis Buss, Generalsekretärin der Gewerkschaft Industrial Workers of the World (IWW), wird auf Einladung der Organisation Socialiste Libertaire (OSL) und anderer Gruppen eine Rundreise durch die Schweiz veranstalten. Nach mehreren Jahrzehnten der Marginalisierung kann die IWW heute wieder Erfolge verbuchen: zum Beispiel der von ihr erfolgreich geführte Kampf der grösstenteils aus Indien und Pakistan stammenden LKW-Fahrer in Kalifornien oder die offensive Kampagne gegen diese Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bei der Coffeeshop-Kette «Starbucks». Dabei wird Alexis Buss über die aktuellen Kämpfe ihrer Gewerkschaft und ihre Perspektive als basisgewerkschaftliche Alternative zu den bestehenden Gewerkschaften berichten. 3. BIS 14. NOVEMBER. INFOS: WWW.REBELLION.CH.

**PdA im Parlament.** Warum Verkehrsbussen nicht einkommensabhängig sind, fragte der PdA-Nationalrat Josef Zisyadis. Bussen sollten allen gleich weh tun, findet Zisyadis. So wie es in Finnland zum Beispiel schon der Fall ist. Der Bundesrat ist anderer Meinung und lehnt die Motion ab. Der Bundesrat will ausserdem weiterhin nichts von einer Regularisierung der Sans Papiers wissen. Er behandelte eine Motion von PdA-Nationalrätin Marianne Huguenin abschlägig, unter anderem mit der Begründung, eine Regularisierung würde falsche Anreize schaffen. Huguenin forderte die Regularisierung auch als vorbeugende Massnahme gegen Lohndumping und für die Verbesserung der Lebensbedingungen. Denn durch die restriktive Bundespolitik drohen die Sans Papiers vollständig in die Illegalität gedrängt zu werden. WWW.PDA.CH.

**Neue PdA sagt Ja zur neuen Kantonsverfassung in Basel.** Die Mitgliederversammlung der Neuen PdA Basel beschloss nach dem Zusammenströmen der verschiedenen Verbesserungen und Verschlechterungen die Ja-Parole. Die Kantonsverfassung sei aber ein reines Kompromisswerk. Mit vielen Verbesserungen und ebenso vielen Verschlechterungen. Noch immer fehle beispielsweise das Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen. Auch äussert sich die Neue PdA kritisch zur Verkleinerung des Grossen Rats von 130 auf 100 Mitglieder. Zudem mache es die Fünf-Prozent-Klausel kleineren Parteien praktisch unmöglich, ein Grossratsmandat zu erreichen. Als sehr sinnvoll betrachte sie die Herabsetzung der Anzahl Unterschriften für eine Initiative von 4000 auf 3000. Auch schätzt die Neue PdA, dass Petitionen in Zukunft zwingend beantwortet werden müssen. WWW.NEUEPDA.CH.

**Rekurs der Alliance de Gauche.** Nach der Niederlage der Alliance de Gauche (AdG) bei den Kantonsratswahlen in Genf hat diese Rekurs beim Verwaltungsgericht eingereicht. Offensichtlich kam es bei der Stimmauszählung zu Ungereimtheiten. In der Gemeinde Meyrin erhielt die AdG 290 Stimmen. An der Universität Genf, wo die Stimmen erfasst wurden, kam es zu einem unerklärlichen Verlust von hundert Stimmen. Mit diesen verschwundenen Stimmen hätte die AdG die sieben Prozent Hürde geschafft.

### trouvaile

**Interviewer: Auch die SP hat ideologische Altlasten wie etwa die Forderung nach «Überwindung des Kapitalismus» im Parteiprogramm. – Hans-Jürg Fehr: Ein visionärer Blick in die Zukunft ist die Konstante des Parteiprogramms, das von einer Expertengruppe überarbeitet wird. Möglicherweise will nun aber eine Mehrheit der Partei den Satz auf die heutige Zeit übertragen. In Frage käme «Demokratisierung des Kapitalismus».**

DER SP-CHEF IM BUND-INTERVIEW VOM 19. OKTOBER 2005.

## The Real Hard Boiled...

1 Der Salzburger Verleger Johann Oberauer wirft Ende November diesen Jahres die erste Nummer seiner neuen Fachzeitschrift «Der Schweizer Journalist» auf den Markt. Als zukünftiger Chefredaktor zeichnet der deutsche Journalist Markus Wiegand (Eigenwerbung als Blogger bei [www.weltweit24maerz.de](http://www.weltweit24maerz.de): «lebt seit etwas mehr als einem Jahr in der Schweiz»). Mit dem unten stehenden Kurz-Krimi versuche ich mich als VORWÄRTS-Kolumnist Bohnstingl schon in die für die erste Nummer der neuen Postille angekündigte Titelgeschichte zu mausern, mit der unser schlauer Österreicher aus dem schönen Salzburg die gesamte Journi-Zunft der Schweiz für sein Produkt anfixen möchte. Diese knackige Titelstory, der dann wohl kaum jemand widerstehen kann, heisst nämlich sage und zähle: «Die 99 besten Schweizer Journalisten.» So wie «Bilanz», das Glamour-Heftli der Schweizer «nouveaux riches» und der Bahnhofstrasse-Fraktion der SVP und der FDP, Jahr für Jahr ein speziell dickes so genanntes «Goldenes Heft» als Weihnachtsausgabe dem breiten Publikum zum Frass vorwirft, in der genüsslich die «100 reichsten Schweizer» ausbreitet werden, will nun der (in Österreich ausgebrütete) «Schweizer Journalist» (Journalistinnen gibt es in Österreich wohl keine) in der Startnummer die Schweizer Journi-

zwingen, die erste Nummer zu kaufen. Dass «Der Schweizer Journalist» von einem deutschen Chefredaktor unter einem österreichischen Verleger gemacht wird, stört mich keineswegs, denn so schlimm wie Oskar Freysinger wird er ja wohl hoffentlich nicht sein. Nun, wenn mein Name als scharfzüngiger Kolumnist Bohnstingl, der ich mich heute ausnahmsweise als Krimi-Autor betätige, dann auf der Liste der «99 besten Schweizer Journalisten» fehlen wird, dann wissen wir auch warum: Er ist nämlich der «Hundertste der Besten», also mit andern Worten: der Allerbeste!

2 Bohnstingl hat sich als Wettbewerbsbeitrag um einen Spitzenplatz unter den «99 besten Journalisten der Schweiz» folgenden Kurz-Krimi aus dem Compi gesogen: «In einem schummrigen Redaktionshinterstübchen irgendwo im tiefsten Österreich. Ein altersschwacher Ventilator scheppert unregelmässig. Fliegen kriechen über Pizzareste auf zerdrückten Papptellern, in denen sich ausgedrückte Zigarettenstummel häufen. Eine der Fliegen fällt in ein halbvoll Bierglas; sie zappelt eine Weile hörbar. Dann ist es wieder still. Ausser dem scheppern Ventilator. Die Luft ist zum Schneiden dick. Finden Sie für meine geplante Medienzeitschrift 'Der Schweizer

Journalist' eine Redaktion, die besser ist als die vom 'KLARTEXT!' zischt da der Herausgeber unvermittelt durch die Zähne und scheucht nervös eine der lästigen Schmeissfliegen weg. Sein Gegenüber, der die Medienszene der Schweiz nun schon seit bald zwei Jahren Zentimeter um Zentimeter im Hinblick auf die Zusammenstellung einer Redaktion durchforscht hat, die dem engagierten Schweizer Medienmagazin aus der Monbijoustrasse in Bern ernsthaft Konkurrenz machen könnte, zuckt kurz zusammen, fasst sich dann aber wieder und steckt sich scheinbar gelangweilt eine neue Zigarette an, nachdem er die vorherige erst halb zu Ende geraucht in einem Teller mit undefinierbaren Resten aus Wiener- und Münchener Weiswürstchen, Senf und verschimmelten Brotkranten ausgedrückt hat. Er nimmt ein paar tiefe Lungenzüge. Lässt den weissen Rauch in riesigen Schwaden durch das Halbdunkel des Zimmerchens schlingern, das eher einem Bunker gleicht. Dann winkt er müde ab und sagt mit einer Stimme, die von Jenseits des Grabs zu kommen scheint: 'Unmöglich! Vergessen Sie's...'

(KLARTEXT, das linke Schweizer Medienmagazin, feierte diesen Sommer seinen 25. Geburtstag.)

Mit lieben Grüssen, Euer Bohnstingl

**28. Oktober 2005**  
**61. Jahrgang**  
**Nr. 43**

Einzelnummer: Fr. 4.–  
 Internet:  
[www.vorwärts.ch](http://www.vorwärts.ch)

Ausverkauf: Zürich will  
 Spitäler «verselbständigen»  
 – und weiter Richtung  
 Zweiklassenmedizin gehen. **2**

«Wir sind auf Kurs»: Die  
 Unia vor grossen Heraus-  
 forderungen im sich  
 wandelnden Detailhandel. **3**

Nach den Hurricanes:  
 Sozialer Wiederaufbau der  
 schwarzen Communi-  
 ties gegen die Vertreibung. **4**

Angst der Rechten in Boli-  
 vien: Die sozialen Bewe-  
 gungen könnten im Dezem-  
 ber an die Macht kommen. **7**

Retouren:  
 Vorwärts  
 Postfach 2469  
 8026 Zürich

AZA 8026 Zürich

**IV-Revision.** In der zur Zeit auf Hochtouren laufenden 5. IV-Revision wird das neoliberale Paradigma schweizerischer Politik in allen juristischen Verästelungen durchexerziert. Die Revision verfolgt – durch die Scheininvalidenkampagne der SVP lanciert – ein einziges Ziel: Kosten zu senken auf dem Buckel der bis jetzt Versicherten, der zukünftigen Menschen mit Behinderung und anderer Versicherungen (vor allem der Sozialhilfe). Was bei der Sozialhilfe bereits seit einigen Jahren Usus ist, wird nun auch in die IV eingeführt: **Mitwirkungspflicht der Versicherten, Arbeitszwang, massiver Kontroll- und Sanktionsapparat. Und wer sich nicht fügt, dem kann auch die IV-Leistung gänzlich gestrichen werden. Das Perfide: Genüge ich den Ansprüchen der kapitalistischen Arbeitswelt nicht mehr, werde ich hinauskatapultiert in eine Versicherungswelt, die genau gleich gestrikt ist: Leistung und Zwang über alles. Ein Ausgang aus dem unsäglichen Teufelskreis ist nur möglich, wenn alle neoliberal umgebauten Versicherungen zugunsten eines garantierten Grundeinkommens (3000 Franken, äquivalent davon für einen Mehrpersonenhaushalt) abgeschafft werden. Dann würde der Grundsatz nicht mehr lauten «Integration vor Rente», sondern «Selbstbestimmung vor Erwerbsarbeit». PS: Zahlreiche Organisationen verfassten zu einzelnen juristischen Punkten gute Stellungnahmen (die bürgerliche Presse schweigt): [www.soal.ch](http://www.soal.ch), [www.viavia.ch](http://www.viavia.ch), [www.kulturlegi-zuerich.ch](http://www.kulturlegi-zuerich.ch), [www.agile.ch](http://www.agile.ch).**

FRANZ SCHIBLI,  
 PDA ST. GALLEN

### mst. Vor zwei Wochen hat in Thun die Polizei erneut hart gegen den antifaschistischen Abendspaziergang durchgegriffen. Herrscht im Berner Oberland Null-Toleranz gegenüber dem antifaschistischen Widerstand?

Ein kraftvoller und friedlicher antifaschistischer Abendspaziergang gegen Rechtsextremismus und rechte Gewalt war am Samstag, 15. Oktober in Thun geplant. Dessen OrganisatorInnen werfen der Thuner Polizei besonders in einem drastischen Fall Untätigkeit vor: Im Juli dieses Jahres griffen Neonazis gegen Mitternacht AktivistInnen des Basislagers gegen den G8-Gipfel an. Dabei zog ein stadtbekannter Neonazi eine Waffe und schoss mehrmals. Ein Aktivist wurde am Bein getroffen. Der Schütze, so die Antifa Oberland, beteiligte sich schon an mehreren rechtsextremen Übergriffen. Dem Vorwurf der Untätigkeit widerspricht der sozialdemokratische Polizeivorsteher Thuns, Heinz Leuenberger, allerdings vehement: «Die Polizei hat den mutmasslichen Täter mit einem intensiven Fahndungseinsatz innerhalb von Stunden nach der Tat verhaftet. Die Polizei geht in Thun gegen rechte Gewalt rigoros vor und kontrolliert Angehörige rechtsextremer Organisationen regelmässig.» Die Antifa Bern stellt dabei eine starke Präsenz von Rechtsextremen in Thun und Umgebung fest. Die hohe Anzahl brutaler Vorfälle, darunter der Mordfall in Unterseen und der Strassenterror in Spiez zeigen, dass die Situation im Berner Oberland nicht zu verharmlosen ist.

#### Keinen Meter weit gekommen

Gründe genug also, zu einem Abendspaziergang aufzurufen. Das versammelte Polizeikonkordat Nord-West mit sicherlich 300 BeamtInnen wusste diesen aber zu verhindern. Die rund 350 Demonstrantinnen und Demonstranten wurden bereits am Bahnhof Thun eingekesselt. Die DemoteilnehmerInnen blieben ruhig und selbstdiszipliniert. Die unverhältnismässig reagierende Polizei setzte mehrmals Gummischrot, Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Sie verkündete gar per Me-

gafon, den gesetzlichen Mindestabstand für den Einsatz von Gummischrot nicht einzuhalten. Folgerichtig feuerte sie mehrere Salven aus zwei Meter Distanz auf Kopfhöhe gegen DemonstrantInnen ab. Die Antifa Bern stellt gegenüber dem VORWÄRTS fest, dass «die Demo in Thun ein weiterer Höhepunkt im Rahmen einer Repressionstrategie war. Mit Polizeikessel und Fichierung sollen die Demonstrierenden abgeschreckt werden». Gleichzeitig läuft eine Hetzkampagne im Thuner Tagblatt. Von «akutem Gewaltpotenzial» und «anonymen auswärtigen Demonstranten» ist dort die Rede.

#### Imageproblem

«Tatsächlich müssen wir über die Bücher: In dieser Form machen Demonstrationen wenig Sinn. Die Anliegen der Demonstrationen sind kaum noch vermittelbar, die Teilnehmenden werden verheizt.» So lautet das ernüchternde Statement der Antifa Bern. Offen bleibt die Frage, ob eine Bewilligung einen reibungslosen Ablauf garantiert hätte. Einem Bewilligungsgesuch stehen allerdings ideologische Argumen-

**Ende 2004 warteten mehr als 21 000 Schulabgängerinnen und Schulabgänger auf eine Lehrstelle. Nur jedes fünfte Unternehmen in der Schweiz bildet Lehrlinge aus. Die Glücklichen, welche eine Lehre abschliessen konnten, haben allerdings oft Mühe, anschliessend an die Lehre einen guten Job zu finden. Deshalb ruft die Unia-Gewerkschaftsjugend zu einer nationalen Aktionswoche vom 31. Oktober bis 5. November auf. Sie fordert gute Ausbildungen, genug Lehrstellen in allen Berufen und Regionen, gute Jobs und einen anständigen Lohn. Dafür geht die Jugend auch an einer Demonstration auf die Strasse.**

DEMONSTRATION AM SAMSTAG, 5. NOVEMBER, 15.30 UHR, BÜRKLIPLATZ, ZÜRICH.



Antifa im Scheinwerferlicht. Wohin darf die Reise gehen?

Bild: Der Polizeikessel auf dem Bahnhofplatz Thun; von der Antifa Thun.

te entgegen. So meint eine Vertreterin der Antifa Oberland: «In diesem Kampf, der Nationen, Kapitalismus und 'Herrschaft' klar ablehnt, ist der Staat kein guter Mitstreiter.»

Gewiss ist er kein guter Mitstreiter. Ist er aber möglicherweise ein Verhandlungspartner? Und wenn ja, wäre die Antifa zu Kompromissen bereit? Sollte es nicht oberstes Anliegen der Bewegung sein, dass wirklich alle von Rassismus, Ausbeutung und Ausgrenzung Betroffenen die Möglichkeit haben, an einer Demonstration teilzunehmen? Dazu zählen MigrantInnen, VertreterInnen von linken Parteien, Gewerkschaften und ebenso die «einfachen» BürgerInnen. Die sind mit Sicherheit oft ebenso besorgt über den ansteigenden Rechtsextremismus wie die antifaschistische Bewegung, können sich aber mit einem Erscheinungsbild wie beim antifaschistischen Abendspaziergang nicht identifizieren.

#### Breites Bündnis nötig

Sollte die antifaschistische Bewegung nicht Offenheit und Breite repräsentieren, anstatt ein exklusives Grüppchen in Schwarz zu sein? Konkret: Sollte sie nicht ein breites Bündnis anstreben und versuchen, darin inhaltliche Auseinandersetzungen zu führen? Dies wäre zweifelsohne sehr spannend. Und unbestritten würde gerade eine solche Bündnisfähigkeit auch eine Stärke ausmachen. Bestes Beispiel dafür ist die Asylbewegung im Kanton Waadt, die auch mit UnternehmerInnen, SVP-GrossrätInnen und selbst VertreterInnen der Polizei für die Rechte und Forderungen von AsylbewerberInnen mit Nichteintretensentscheid (NEE) und abgewiesenen Asylsuchenden einsteht. Natürlich gibt es bei dieser Zusammensetzung Differenzen – es würde verwundern, wenn dem nicht so wäre. Aber hat jemand etwas dagegen, wenn Bürgerliche abgewiesene Flüchtlinge verstecken, Neonazis entgegneten oder selbst an einer antifaschistischen Demonstration teilnehmen? Was soll vor dem Hintergrund solcher Überlegungen beispielsweise von dem folgenden Statement von Polizeivorsteher Leuenberger gegenüber dem VORWÄRTS gehalten werden: «Selbstverständlich wehre ich mich gegen jeglichen Rassismus und gegen alles rechtsextreme Gedankengut. Gegen dieses Gedankengut trete ich immer und überall an, gerade auch in meiner politischen Tätigkeit.» Ist vielleicht die Frage gar nicht so falsch, warum Herr Leuenberger – vorausgesetzt, seine Äusserungen sind ernst gemeint – nicht mit der Demonstration mitgelaufen ist, sondern hinter den Polizeireihen den absurden Einsatz leitete?

**Neue Folge**

**die sozialistische wochenzeitung.**

**vorwärts**

**Neue Folge**

**Positionen**

**Antifa auf dem  
Abstellgleis**

**Was tun?** Schnauze voll – demonstrieren!

vorwärts – 28. Oktober 2005



## VPOD

**Der linksgrün dominierte Basler Grosse Rat hat einen Anzug des FDP-Mitglieds Christophe Haller abgelehnt. Haller hatte von der Regierung verlangt zu prüfen, ob in der Stadtreinigung BezügerInnen von Sozialhilfe eingesetzt werden könnten. Dies vor dem Hintergrund einer aus Spargründen in ihrem Personalbestand massiv ausgedünnten Putzequipe. So gab es Ende der 1990er Jahre noch über 250 städtische Wischmänner, im Juni 2005 aber nur noch deren 147. Der VPOD kennt dafür eine prägnante Formel: Zwanzig Prozent weniger Personal für zwanzig Prozent mehr Abfall. Basel führt auch eine neue Reinigungs-Zoneneinteilung ein: Am Wochenende wird nur noch die Innenstadt geputzt, in den Aussenquartieren bleiben die Mistkübel ungeleert. Diese Woche hat nun der VPOD nach dem Parlamentsentscheid «mehr Personal für mehr Dreck» gefordert, andernfalls drohe ein «Stadtreinigungs-Kollaps». Damit hat der VPOD Recht – eine leistungsreduzierte Stadtreinigung ist für die Katz. Ob die Sparmassnahmen irgendwann einmal rückgängig gemacht werden, ist noch völlig unklar. Sicher nicht Recht aber hat der VPOD mit seiner unglücklichen Trennung zwischen LohnempfängerInnen und Sozialhilfeberechtigten: «Die Arbeit der Stadtreinigung wäre durch den Einsatz von unqualifiziertem Hilfspersonal (...) diskreditiert worden», schreibt er in seiner Medienmitteilung. Kein Wort verliert er dabei aber über die angestrebte Zwangsintegration von Sozialhilfeberechtigten in den Arbeitsmarkt, das eigentliche Ziel des abgelehnten Anzugs. Und das, obwohl genau diese Entwicklung auch ein wichtiges Thema für den VPOD sein sollte.**

RETO PLATTNER

### Impressum

#### HERAUSGEBERIN:

Verlagsgenossenschaft Vorwärts, PdAS und ihre Deutschschweizer Sektionen. Postfach 2469, 8026 Zürich. PC: 40-19855-7. Jahresabo: 160.–, reduziert (AHV, Stud.) 110.–

#### REDAKTION:

Vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich, Tel. 044 241 66 77, Fax 044 242 08 58, e-mail: redaktion@vorwaerts.ch  
Walter Angst (wa), Susanne Bachmann (sub), Reto Plattner (rtp), Matthias Stalder (mst), Yvonne Zimmermann (yz).

#### BÜRO BASEL:

Reto Plattner (rtp), r.plattner@vorwaerts.ch

#### BÜRO BERN:

Vorwärts, Postfach 8701, 3001 Bern. s.bachmann@vorwaerts.ch, yzimmermann@vorwaerts.ch

#### ABONNEMENTE:

administration@vorwaerts.ch

#### DRUCK:

Coopérative d'Imprimerie, Genf

## Meinung

### Ich bekenne...

ZU: BESTÜRZUNG. BRIEF VON ANNE POLIKEIT, 16. SEPTEMBER 2005.

Ich fasse die im VORWÄRTS publizierte offizielle Stellungnahme der Deutschschweizer Sektionen der PdAS de facto als einen Parteiausschluss auf. Ein bis heute ausgebliebener formeller Ausschluss kann lediglich als Feigheit vor dem eigenen Tun verstanden werden. Die Art und Weise des Beschlusses ist ein Rückfall in eine längst überwunden geglaubte Ära einer dialogunfähigen, autoritären und dirigistischen Parteikonzeption. Das Problem ist offenbar, dass ich mich erfrechte, in meinem Leserbrief die Positionen eines mir bis anhin unbekanntem Chefideologen anzuzweifeln. In meiner grenzenlosen Naivität habe ich angenommen, dass die Auseinandersetzung über die Zukunft marxistischen Denkens offen geführt werde und dabei ausser acht gelassen, dass Säulenheilige der DKP unantastbar sind. Dass die Deutschschweizer Sektionen in einer gemeinsamen Stellungnahme sich öffentlich mit Bestürzen von meinem Diskussionsbeitrag distanzieren, und dem VORWÄRTS den Abdruck meines als zweifelhaft bezeichneten Leserbriefs vorwerfen, erinnert stark an die «Parteisäuberungen» der Dreissiger- und Fünfzigerjahre. Damals als Tragödie, heute als eine peinliche Komödie. Die Stellungnahme ist im Stil einer kleinen Sonnenfinsternis gehalten, der Kennern der Geschichte der kommunistischen Bewegung schmerzlich bekannt ist. Allein die Tatsache, dass per Parteibeschluss sich die PdA von meiner persönlichen Meinung distanzieren, diese als zweifelhaft und absichtlich systematisch verfälschend brandmarkt, ohne sich inhaltlich damit auseinander zu setzen, sagt eigentlich alles: So sprach man über sogenannte Renegaten. Klassisch ist auch das Amalgam, das als Hauptanklagepunkt konstruiert wird, indem Halbheiten zu einer neuen scheinbaren Realität zusammengesetzt werden. Ich sage lediglich, dass sich Werner Seppmann kapitalismuskritizistischen Versatzstücken bedient, deren sich auch der Faschismus bediente. Daraus zu konstruieren, ich würde Werner Seppmann in die Nähe des Faschismus rücken, ist so abwegig, wie zu behaupten, der Nationalsozialismus und der Sozialismus seien sich nahe, nur weil sich beide ähnlich nennen. Offenbar hat in der PdA sich eine Reboltschewisierung durchgesetzt, der zufolge jeder, der Dogmen gewisser Chefideologen, so haarsträubend sie auch sein mögen, anzweifelt, sich fragen müsse, ob er sich noch zum erlauchten Kreis der Revolutionären zählen dürfe. Von öffentlich abgekanzelten Mitgliedern erwartet die Partei eine aufrichtige Selbstkritik. Bitteschön: Ich bin kurz nach dem Mauerfall der Partei im Glauben, sie hätte sich vom langen Schatten des Ostblockkommunismus befreien können, beigetreten. Ich bekenne, ich habe geirrt!

KASPAR BÜTIKOFER

### Toleranz

ZU: OFFENE ZEITUNG? BRIEF VON BIRGIT ALTHALER UND URS DIETHELM, 14. OKTOBER 2005.

In dem im letzten VORWÄRTS veröffentlichten Beitrag «Offene Zeitung?» von Birgit Althaler und Urs Diethelm wird erwähnt, dass die SoAL oft eine andere Meinung habe als die von der PdA bisher dominierte Zeitung. Offenbar haben Birgit und Urs übersehen, dass von den fünf RedaktorInnen lediglich Walter Angst der PdA angehört, und somit der Vorwurf, der VORWÄRTS würde von der PdA dominiert, nicht zutrifft. Richtig ist hingegen, dass es ohne die PdA den VORWÄRTS nicht geben würde und ihre Mitglieder sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die einzige sozialistische Wochenzeitung erhalten bleibt. Wir wollen hoffen, dass die «Offene Zeitung» zu mehr Verständnis und Toleranz führt.

ERIKA UND RUEDI BANTLE

## Inland

# Kein Spital-Ausverkauf

Gian Bischoff. **Der Kanton Zürich will seine Spitäler «verselbständigen». Die Auslagerung führt weiter in die Zweiklassenmedizin.**

Das Universitätsspital Zürich (USZ) und das Kantonsspital Winterthur (KSP) sind unselbständige öffentlichrechtliche Anstalten. Worin unterscheidet sich dieser Rechtsform von der angestrebten selbständigen Anstalt? Eine unselbständige öffentlichrechtliche Anstalt besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit und ist lediglich im Rahmen einer Delegation durch den Staat «handlungs-, nicht jedoch vermögensfähig». Der Kanton kann also gewisse Aufgaben an diese Anstalt delegieren, diese darf aber keinen Gewinn erwirtschaften. Im Gegensatz dazu ist eine selbständige öffentlichrechtliche Anstalt eben eine eigene Rechtspersönlichkeit, welche zwar ebenfalls einen ihr vom Staat zugewiesenen Auftrag erfüllen muss, dabei aber Gewinn erzielen darf (es kann hinzugefügt werden: soll!).

Es darf nicht unterschätzt werden, was dieser Paradigmenwechsel für die beiden Spitäler bedeuten würde: der Übergang von einer Anstalt des Service public, dessen primäre Aufgabe die Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung ist, zu einer gewinnorientierten Anstalt, welche zwar noch einen ihr vom Kanton übertragenen medizinischen Versorgungsauftrag zu erfüllen hat, aber primär ein Eigeninteresse am Gewinn entwickeln wird. Wie gross wird das Interesse eines solchen Spitals – beziehungsweise deren operativer Leitung – in Zukunft sein, grundversicherte PatientInnen optimal zu versorgen, welche lediglich das Defizit erhöhen? Was wird sie dafür tun, möglichst viele privatversicherte Patienten an Land zu ziehen, welche zu einem allfälligen Gewinn beitragen? Wie wird sie ihre Personalressourcen einsetzen, um ihrem Leistungsauftrag nachzukommen? Die Folgen sind aus anderen Ländern bekannt: grösserer Druck auf frühe Entlassung, Vorenthalten von teuren Medikamenten, längere Wartezeiten für Wahleingriffe et cetera. Dies alles ist vereinbar mit dem vom Kanton erteilten Leistungsauftrag. Und wohlgemerkt gelten diese Einschränkungen nicht für zusatzversicherte Patienten, welche für das Spital gewinnbringend abgerechnet werden können. Die Zweiklassenmedizin, welche ja von der Gesundheitsdirektorin bereits offiziell angekündigt worden ist, breitet sich weiter aus.

Im Antrag des Regierungsrats an den Kantonsrat heisst es lapidar, dass «sowohl die selbständige wie die unselbständige öffentlichrechtliche Anstalt eine für eine beim Staat verbleibende Leistungserbringung zweckmässige Organisationsform darstellen». Als Vorteile der selbständigen Anstalt werden lediglich angeführt, dass erstens die Universität auch eine selbständige Anstalt (geworden) ist und dass zweitens das Gesundheitsdepartement durch die Verselbständigung entlastet würde. In der Zielsetzung des ursprünglichen Projekts zur Verselbständigung aus dem Jahr 2000 wird die eigentliche Intention deutlich zum Ausdruck gebracht: «Das Projekt soll das USZ und KSW in die operative Selbständigkeit führen, die Effizienz der Leistungserbringer erhöhen und das Bestehen der beiden Betriebe unter zunehmend marktwirtschaftlichen Bedingungen erleichtern.»

### Die Mittel des freien Markts

Ausdrücklich dürfen die Spitäler «1. mit anderen Leistungserbringern gemeinsame Dienstleistungsbetriebe führen, 2. Betriebsbereiche in rechtlich eigenständige Einheiten überführen und privatrechtliche Gesellschaften gründen, 3. sich an anderen Unternehmen beteiligen». Der Handlungsspielraum soll «ausdrücklich nicht auf den Bereich des Gesundheitswesens beschränkt bleiben», heisst es im Antrag des Regierungsrats. Die Intentionen solcher Tätigkeiten haben wohl alle nur ein Ziel: Profit. So können beispielsweise Personalkosten gespart werden, wenn in ausgelagerten Betrieben schlechtere Arbeitsbedingungen herrschen (vorläufig sollen die Richtlinien des kantonalen Personalgesetzes an den beiden Spitälern weiter gelten). Als «minimal standard» wird zwar erwähnt, dass «die Rechtsstellung des betroffenen Personals gesamthaft nicht schlechter» sein soll für ausgelagerte Betriebe – was das konkret heisst, ist allerdings im Gesetz nirgends klar formuliert.

Denkbar sind auch gemeinsame Unternehmungen von Industrie und Spitälern. Die Pharmaindustrie wird sich gerne an Forschungsprojekten beteiligen unter dem Vorbehalt, dass sie als Geldgeberin zum Beispiel über Form und Inhalt der Veröffentlichung von Studien entscheiden darf. Somit werden – wie das heu-

te häufig geschieht – nur diejenigen Arbeiten überhaupt veröffentlicht, welche einen positiven Effekt von beispielsweise neuen Medikamenten nachweisen können, während Studien, die das Gegenteil beweisen, in irgendeiner Schublade verschwinden. Die Forschung dient damit nicht mehr dem Zuwachs von Wissen, sondern in erster Linie der Vermarktung von Produkten.

«Für das öffentlichrechtlich angestellte Personal (also nicht für diejenigen, welche in ausgelagerten Tochtergesellschaften angestellt sind, Anm. des Verf.) gelten die für das Staatspersonal anwendbaren Bestimmungen. Das Personalreglement kann von den für das Staatspersonal geltenden Bestimmungen abweichen, soweit dies aus betrieblichen Gründen erforderlich ist.» So heisst es im Paragraph 13 (USZ) beziehungsweise 12 (KSW) der beiden Gesetze. Bereits diese Formulierung lässt einen weitreichenden Interpretationsspielraum offen. Klar ist, dass diese Ausnahmen wohl in der Mehrheit zu einer Verschlechterung der Anstellungsbedingungen führen werden. Der Druck ist bereits jetzt hoch und Spielräume werden ausgereizt. So werden etwa an gewissen Spitälern Assistenzärzte nur noch mit Jahresverträgen angestellt und erhalten keinen festen Vertrag mehr. Wer schwanger wird oder für längere Zeit erkrankt, kann so von teuren Sozialleistungen ausgeschlossen werden. Auf der anderen Seite sollen Saläre aber auch nach oben gestaltet werden können, «um ausserordentlich qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen oder zu erhalten». Aus der Privatwirtschaft altbekannt: Spitzenlöhne für die Führungsriege, den Sparstrumpf den übrigen Angestellten.

Zusammenfassend zeichnet sich eine klare Tendenz ab, zu der die Verselbständigung der Spitäler führen würde: Eine Verschiebung weg von einer möglichst guten medizinischen Versorgung der Gesamtbevölkerung hin zu einer möglichst profitträchtigen Medizin für diejenigen, welche sich's leisten können. Wer von Schwarzmalerei spricht, mag für eine erste (kurze) Zeit vielleicht Recht behalten, doch die Aushöhlung des Denkens, der langsam sich in die Köpfe niederschlagende Paradigmenwechsel wird seine Wirkung tun. Es kann nicht genügend darauf hingewiesen werden, wie fatal die Auswirkungen sein werden, wenn das medizinische Personal beginnt, sich anstatt über den Sinn einer medizinischen Massnahme primär Gedanken über deren Kosten zu machen. Insbesondere dann, wenn er einen finanziellen Misserfolg am eigenen Leib zu spüren beginnt. Halten wir unsere Mitbestimmungsrechte in der Hand, solange es nicht zu spät ist.

GIAN BISCHOFF IST MITGLIED DER VEREINIGUNG UNABHÄNGIGER ÄRZTINNEN (VUA). DAS REFERENDUM GEGEN DIE VORLAGEN WIRD VON DEN GEWERKSCHAFTEN, DEN PERSONALVERBÄNDEN UND DER AL GETRAGEN. WWW.GBKZ.CH.

INSERAT

«Singt dem Kapital ein Siegeslied, denn es hat den Marx bezwungen und so den Markt erungen», jähnten die hohen Boss auf dem hohen Ross wie aus einem Schand.

Und wir die Demonstranten mit unseren gestrigen Verwunden flüchteten nur von Mund zu Mund: «Ein Spiel dauert 90 Minuten und der Ball ist rund.»

mit **MARX**  
über **MARX**  
und über **MARX**  
hinaus

Der Reiche gewinnt, der Arme spinnt, die Zeit verrinnt und nichts beginnt.

Warum hoffen alle auf die Katastrophe und nicht mehr auf die Revolution? Warum sind unsere Ideen und Utopien genauso langweilig wie unser TV? Warum haben wir immer mehr Mitleid und immer weniger Solidarität?

Darum also Marx lesen, darum also über Marx reden, darum also über Marx hinaus denken. Weil er gescheit war und auch gescheitert ist. Weil er kein Kapital hatte, sondern das Kapital schrieb. Weil er den Kapitalismus besser verstanden hat, als der sich selber. Weil seine Philosophie nicht nur erklärt, sondern auch viel verändert hat. Und weil er Marx hiess und nicht Markt.

**3 Abende gegen das Gemüt  
3 Abende gegen dumpfe Wut  
3 Abende für geistigen Mut**

Dienstag, 8. November, 20.00 Uhr	Restaurant Engel (Sitzungsraum)
Dienstag, 15. November, 20.00 Uhr	Engelgasse 22
Dienstag, 22. November, 20.00 Uhr	9000 St. Gallen

Leitung:  
Franz Schibli, Sozialberater, PdA St. Gallen  
Rolf Bossart, Theologe und Publizist

Wir um die Planung entscheiden will, darf sich anmelden bei: franz.schibli@gmx.ch  
Man kann die Abende auch einzeln besuchen. Kosten: eine Ostmark.

# Detailhandel: «Wir sind auf Kurs»

sub. **Im Detailhandel tut sich was. Denner-Chef Gaydoul trifft Gewerkschafter, die Migros will einen Maulkorb verteilen und Aldi ist da. Das alles mitten im Abstimmungskampf zum sonntäglichen Bahnverkehrsverkauf. Der VORWÄRTS fragte nach beim Branchensekretär Robert Schwarzer von der Gewerkschaft Unia.**

## Gestern wurden die ersten Aldi-Filialen in der Schweiz eröffnet. Wie wollt ihr die dort Angestellten erreichen?

Im Gespräch mit dem Personal werden wir die Missstände aufnehmen und gegenüber Aldi Korrekturen verlangen. In unsere Aktionen vor den Läden werden wir selbstverständlich auch die Kundinnen und Kunden einbeziehen.

Eine Schweinerei haben wir vor ein paar Tagen aufgedeckt: Aldi verpflichtet das Personal in den Anstellungsverträgen auf die Entbindung vom Arztgeheimnis, zwingt die Verkäuferinnen und Verkäufer unter Androhung der fristlosen Entlassung zum Denunziantentum und verlangt die Information über ehrenamtliche Tätigkeiten – zum Beispiel in einer Gewerkschaft. Zudem: Obwohl das Personal in aller Regel nur zu fünfzig Prozent angestellt ist – und Aldi damit neben der «optimalen» Ausbeutung der Arbeitskraft gleich auch noch massiv Pensionskassenbeiträge spart –, verbietet der Detailhändler Zweitjobs in der gleichen Branche. Wir haben mit Aldi Gespräche geführt und Verhandlungen über einen Gesamtarbeitsvertrag verlangt. Aldi weigert sich bisher.

## Denner hat Pick Pay vom Rewe-Konzern gekauft. Der Mindestlohn bei Pick Pay beträgt 3100 Franken, bei Denner 3500. Können die Angestellten der 146 Pick-Pay-Filialen jetzt mit einer Gehaltserhöhung rechnen?

Gemäss Denner ja. Dies aber auf einem nach wie vor viel zu tiefen Niveau und bei einer Wochenarbeitszeit von 44 Stunden.

## Denner hat auch das Verteilzentrum in Egerkingen von Rewe übernommen. Denner-Chef Philippe Gaydoul nahm kürzlich eine Petition der Angestellten entgegen. Die Unia feierte das als «Meilenstein». Gab es denn konkrete Zugeständnisse dahingehend, dass Denner den GAV übernimmt, der mit Rewe ausgehandelt wurde oder überhaupt künftig mit Gewerkschaften verhandelt?

Ein «Meilenstein» war das in dem Sinn, dass sich der Denner-Chef unter dem Druck von der Unia dem Gespräch mit den Angestellten und ihrer Gewerkschaft stellte. Weitere Gespräche beziehungsweise Verhandlungen sind im Gang. Eine Forderung ist unter anderem, dass sich Denner für die gesamte Laufzeit zum GAV bekennt – gesetzlich ist Denner lediglich für ein Jahr zur Gewährleistung der GAV-Bedingungen verpflichtet.

## Knapp 150 Egerkingener Angestellte haben an einem Warnstreik teilgenommen. Sind die Leute in den Verteilzentren besser gewerkschaftlich organisiert als die Beschäftigten in den Verkaufsstellen?

Für Egerkingen trifft das zu. Wir haben hier einen massiven Mitgliederzuwachs. In Verteilzentren des Detailhandels generell ist aber noch sehr viel gewerkschaftliche Aufbauarbeit zu leisten. Wir müssen das auch im Wissen um die Bedeutung dieser Zentren als eigentliche Nervenstränge der Unternehmen forciert vorantreiben.

## Im Dienstleistungssektor stärker zu werden, war ein Grund der Gewerkschaften für die Fusion zur Unia vor einem Jahr. Was habt ihr in dieser Richtung im Detailhandel bis jetzt erreicht?

Der Aufbau ist in allen Unia-Regionen im Gang. Auch wenn die Unia-Gründung erst zehn Monate zurückliegt, können wir doch feststellen: Wir sind auf Kurs. Die Unia hat sich mit einer gegenüber früher sehr viel stärkeren Präsenz bei den Beschäftigten und in der Öffentlichkeit als die Gewerkschaft des Detailhandels profiliert. Klar ist aber auch: Was in Jahrzehnten nicht erreicht wurde, wird nicht schon morgen erkämpft sein. Im Lohnbereich haben wir im Verkauf Etappenerfolge erzielt. Am Ziel sind wir aber noch längstens nicht. Zurzeit sind wir unter anderem an der Umsetzung unserer Forderung von 4000 Franken Mindestlohn für gelernte oder berufserfahrene Beschäftigte. Endlich umzusetzen ist auch die Lohngleichstellung. Verschiedene Projekte sind hierzu aufgegleist. Skan-

dalös ist es, wie sich gerade auch im Detailhandel Arbeitgeber um die Gleichstellung foutieren.

## Die Migros will «jede öffentliche Auseinandersetzung zwischen den Vertragspartnern im GAV verbieten. Wenn die Klausel nicht gestrichen wird, lässt die Unia die Verhandlungen platzen. Warum das Ultimatum? Was hättet ihr von einem GAV-losen Zustand?

Wir haben mit der Migros betreffend Beitritt von der Unia zum Mantel-Landes-GAV eine Vereinbarung ausgehandelt. Darin bekennen wir uns zum GAV – und damit verbunden auch zur Friedenspflicht. Der Migros genügte das nicht. Sie schloss mit den verbliebenen Vertragspartnern Syna, SKV und MPV sowie der Vertretung der Personalkommissionen ein Zusatzprotokoll ab. Darin wird festgehalten, dass die Friedenspflicht «jede öffentliche Auseinandersetzung und Kampagne ausschliesst».

Dieser Maulkorb ist für die Unia inakzeptabel. Nicht im GAV zu sein heisst für die Unia, an keine Friedenspflicht gebunden zu sein. Wir werden alles daran setzen, diese selbtherrlichen und arroganten Migros-Bosse vom hohen Ross herunterzuholen. Es ist ein einziges Trauerspiel, was die vermeintlichen Erben Duttweilers da vollführen.

## Der Berner Regierungsrat will die Ladenschlussvorschriften abschaffen. Jeder Laden im Kanton soll frei über die Öffnungszeiten entscheiden. Wird da der Weg für die generelle Liberalisierung geebnet nach einem

## In eigener Sache: Einkehren mit dem Vorwärts

mst/red. Der VORWÄRTS-Relaunch ist in vollem Gang, und die Erwartungen unsererseits sind gross. Rund 20 000 Werbeflyer werden in den nächsten Monaten verschickt, der VORWÄRTS-Jingle läuft sich nach anfänglicher Verzögerung auf den Radiostationen warm, und 25 000 Tischsets in 15 Restaurants warten auf hungrige Gäste.

15 Restaurants vorzustellen, die ich nicht mal alle persönlich kenne, ist schwierig. Fangen wir beim Restaurant Kultur Kulinarik Löwen in Sommeri an. Sommeri könnte dem Namen nach in Schweden liegen, tatsächlich liegt es aber in Thurgau, und die Genossenschaftsbeiz existiert schon seit 1978. Dann gibt es die gestandenen linken Szenebeizen, zum Beispiel das Hirschi in Basel oder den Widder in Winterthur, allesamt bekannt für mehrheitlich biologische Küche und ihr kulturelles sowie politisches Engagement.

Bei der Suche nach geeigneten Kneipen fragte ich einen Genossen nach einer Möglichkeit, die Tischsets in Glarus oder Uri

auszulegen. Ein entgeisterter Blick wies mich sogleich auf die Unmöglichkeit dieses Unterfangens hin. Linke Treffpunkte und Kneipen, etwas Zentrales und Tragendes unserer Kultur, gäbe es da nicht. Schade. Wo treffen sich da unsere Leute, wo veranstalten sie Konzerte und politische Veranstaltungen? Unsere einzige Bastion da draussen ist der Himmelclub in Schwyz.

Da ist der Kanton Bern mit sechs vertretenen Restaurants ein wahrer Segen, und weil das meine Heimat ist, schätze ich mich sehr glücklich. Dem Restaurant «Proletaria», dem heutigen St. Gervais in der Bieler Altstadt, gehört besondere Beachtung geschenkt. Die Genossenschaft «Proletaria» wurde 1919 gegründet, die Geschichte des ehemaligen Abtenhauses des Kloster Bellelay geht aber bis ins 14. Jahrhundert zurück. Also ein altherwürdiges Haus, wo sich die proletarischen GenossInnen zur Gründung der Partei der Arbeit (PdA) Sektion Biel am 4. Oktober 1944 einfanden. Für diese Versammlung musste bei der Polizei eine Be-

willigung eingeholt werden. 109 «frischgebackene» PdA-Mitglieder folgten dem Aufruf inklusive Bundespolizeispitzel. Traktandiert waren unter anderem die Gleichberechtigung der Frauen und die Einführung der Altersversicherung. Ein prominenter Vertreter der Partei schloss die Gründungsversammlung mit den Worten: «Was oben sei, müsse herunter, und was unten sei, komme obenauf», und ertotete stürmischen Applaus. Die Aktivitäten der Partei waren den Behörden ein Dorn im Auge, also reagierten sie mit einer Repressionswelle und sogar mit einem Militäreinsatz. Heute wird das St. Gervais von der Polizei höchstens noch heimgesucht, wenn die Polizeistunde überschritten wird. Auch die PdA Biel gibt es nicht mehr. Dafür ein überaus charmantes Restaurant mit exquisiter Küche oder auch einfach nur einem guten Glas Wein – und den VORWÄRTS-Tischsets natürlich.

FÜR DIE WEITEREN BEIZEN,  
DIE DEN VORWÄRTS-RELAUNCH  
UNTERSTÜTZEN, SIEHE SEITE 6.



## möglichen Ja am 27. November zur Sonntagsarbeit in Bahnhöfen?

Ja. Bei dieser Abstimmung geht es um viel mehr als um die Bahnhöfe. Es geht um die generelle Ausbeutung jeglicher Ladenschlussvorschriften und darum, dass der Sonntag zum normalen Werktag wird.

## Wird es ein Gewerkschaftsreferendum geben, sollte das Gesetzesvorhaben im Berner Grossen Rat durchkommen?

Ich gehe davon aus.

«Der Denner-Chef hat sich unter dem Druck der Unia dem Gespräch gestellt.»

**Bild: Streik-Veranstaltung von Pick-Pay-Angestellten des Logistik-Centers in Egerkingen gegen Entlassungen durch Denner nach dem Verkauf, am 11. Oktober 2005. Von Photoscene.**

INSERATE

# basar

Sonntag, 4. Dezember, 11 bis 22 Uhr,  
Gemeinschaftszentrum Riesbach,  
Seefeldstr. 93, 8008 Zürich

Der Basar bietet nicht allein Kulinarisches und Stände mit exklusiven Angeboten, Kultur und Politik haben ihren besonderen Stellenwert.

Um 15 Uhr zeigt Mathias Knauer seinen Film Bitterfeld, 1992. Reflexion und polemischer Essay rund um das aufgelöste Chemiekombinat der ehemaligen DDR. Anschliessend Diskussion mit dem Autor.

soliküche im engel  
für den  
**vorwärts**  
die sozialistische wochenzeitung.  
sonntag, 4. dezember 05



leckerer & gehaltvoller für gaumen, geist & ohr  
speis & drank: 11 bis 11 uhr  
"venezuela von unten" (ein film von azzellini und resseller, 2004): 16 uhr  
konzert [rce-trio]: 20 uhr

richtig gerecht den ranzen füllen!  
in zusammenarbeit mit der genossenschaft schwarzer engel

# Gegen die neue Vertreibung

Dieter Drüssel. Am letzten 1. Mai waren zwei Aktivisten des Malcolm X Grassroot Movement in Zürich zu Gast. Sie vermittelten ein Gespräch mit Rechtsanwalt Chokwe Lumumba aus Jackson (Mississippi), dem Vorsitzenden der New African People's Organisation, über eine drohende Massenauswanderung von Schwarzen aus den Südstaaten nach den Stürmen Katrina und Rita und über die Gegenstrategien der Bewegung.



State Police verwehrt unabhängigen Medien Zutritt zu FEMA-Notunterkunft in Texas. Bild: Indymedia Houston.

## Ein Wort zu eurer Organisation?

Die New African People's Organisation ist eine revolutionäre, nationalistische Organisation, die seit 1984 existiert und sich auf die Philosophie von Malcolm X bezieht: Wir kämpfen für Land, Freiheit und staatliche Macht für Schwarze sowohl in Amerika wie weltweit und unterstützen die internationale Befreiung der unterdrückten Völker. Das Malcolm X Grassroot Movement ist eine Massenvereinigung, die wir initiiert haben, mit sechs Grundprinzipien: Menschenrechte, Selbstbestimmung, Antisexismus, Reparationen für AfrikanerInnen in Amerika, Freiheit für politische und Kriegsgefangene und Stopp dem Genozid.

## Wie ist die Lage nach Katrina in Mississippi und Alabama?

Das Küstengebiet von Mississippi ist verwüstet, ebenso Teile von Alabama, und zwar bis 300 Kilometer ins Landesinnere. Historisch sind das ländliche und schwarze Gebiete, wo die Leute schon lange vor dem Sturm in Armut lebten. Es gab kaum Unterstützung vor Katrina und, soweit es die Bundesregierung und ihre Hilfsagenturen angeht, gewiss auch keine seither. Was hier in Mississippi in Wirklichkeit abgeht, ist vor allem eine Kriminalisierung der Betroffenen. Denn angesichts der Katastrophe und der sehr langsamen Antwort der Regierung mobilisierten die Leute ihre eigenen Ressourcen, um Essen zu finden und zusammenzukommen. Jetzt sind sie wegen Plündern angeklagt!

## Wie drückt sich diese Kriminalisierung aus?

Das ging so: Die Medien begannen, immer weniger über die Katastrophe und die Opfer zu berichten, über Tatsachen wie die, dass die Ambulanzen und die Helikopter die schwarzen Leute ignorierten und es die Leute selbst waren, die sich heroisch gegenseitig gerettet haben. Die Medien widmeten sich immer mehr der Schürung dieser Hysterie: «Oh, schaut, sie klauen Sachen aus den Läden.» Klar, die Leute holten, was sie fürs Überleben brauchten: Schuhe, Esswaren. In Einzelfällen auch mal einen TV. Interessant ist, wie die Medien aber genau das zum Thema machten. Was meinst du, wieviel Leute in so einer Situation, wo die Stromversorgung ohnehin nicht funktioniert, einen Fernseher holen? Diese Kampagne erlaubte Gouverneurin Blanco von Louisiana und Gouverneur Barbour von Mississippi, die Shoot-to-kill-Politik zu verordnen. Spezifisch war das Blanco, aber Barbour stand ihr mit seinem Geifern über Law and Order nicht nach. Und jetzt haben wir all diese Sorten von National Guards und Polizeikräften, die x-wen verhaften. Wenn sie

Schwarze in Ladengegenden sehen, tendieren sie dazu, sie zu verhaften.

## Offen rassistisch?

Absolut. Viele sind noch nie verhaftet worden und sollen jetzt exorbitante Kauttionen von 10000 Dollar bezahlen. Und da alle Gerichte an der Küste zerstört sind, bleiben sie im Knast, bis provisorische Gerichtsräume stehen.

## Was hat es mit diesen Milizen auf sich, die Schwarze und MigrantInnen in den Wäldern jagen sollen?

Wir haben auch davon gehört, können das aber weder bestätigen noch dementieren, wir wissen es nicht. Aber du hast etwa bewaffnete Wachen in den FEMA/Rot-Kreuz-Unterkünften, die die Leute als Gefangene behandeln und weniger als Leute, denen sie helfen (FEMA: US-Katastrophenbehörde). Dort sind vor allem Schwarze. Das Rote Kreuz hat Weisse in andere Unterkünfte geschickt, zu relativ wohlhabenden Kirchen. In Jackson gibt es eine Notunterkunft im Kolosseum, wo sonst Entertainment-Shows laufen. Das Rote Kreuz hat da wortwörtlich die Weissen rausgepickt und woanders hin geschickt. An solchen Orten erfahren die Leute definitiv eine Form von Militarismus. Und solange du den Klan in der Uniform der National Guard und der Polizei hast und sie das tun, was sie ihren Job nennen: wofür sollen sie da als Ku-Klux-Klan herumlaufen?

## Wieviele Leute waren und sind noch in diesen FEMA/Rot Kreuz-Unterkünften?

Unmittelbar nach dem Sturm waren das hier in der Region Jackson mehr als 10000. Und kaum waren sie da, gab man ihnen das Gefühl, mehr Gefangene als Gäste zu sein. Dazu kamen die Aufrufe, nach Montana und anderen Gegenden der USA zu gehen. Diese Plätze sind Tausende Meilen entfernt, von wo viele dann nicht mehr zurück können. Tausende waren auch noch in anderen Notunterkünften in Mississippi untergebracht. Die meisten Leute im Kolosseum kamen aus New Orleans. Ich glaube, für die Leute von der Golfküste gab es kaum Notunterkünfte. Ihre Wohnstätten waren zerstört und sie waren praktisch gezwungen, wegzugehen und sich selber durchzuschlagen. Noch bis vor Kurzem waren die meisten Kleinstädte völlig zerstört.

## Und wie reagieren die Leute, die Schwarzen, auf all das?

Mit Entrüstung! Mit Entrüstung!

## Das ist eine verbreitete Reaktion?

Oh ja. Natürlich gibts vereinzelt Verwirrung, aber sogar die kleinen schwarzen Cliquen, die hier in Jackson in Nobelgebieten wohnen, tendieren zu Entrüstung. Nur, für sie ist der Bürgermeister von New Orleans der Hauptschuldige, ein Schwarzer. Wir kritisieren den auch, aber er ist eine untergeordnete Figur. Die Massen sind sauer auf FEMA, auf Bush, auf die Bundesregierung, auf das Rote Kreuz. Viele Leute in den Notunterkünften haben mir gegenüber von den Leuten vom Roten Kreuz als Rednecks gerednet. Und sie sind sauer auf die Versicherungsgesellschaften, welche sie jetzt legen. Uns verpflichtet das zu mehr Bewegung, wie die Demo vorletztes Wochenende in Washington D.C. (der schwarze «Millions More March»). Da kamen Hunderttausende zusammen. Es gibt viel Wut und was wir jetzt machen, ist Programme entwickeln, Strukturen, Bewegung, um für die Selbstbestimmung der Überlebenden und des Wiederaufbaus zu kämpfen.

## Sozialer Wiederaufbau gegen kapitalistische Aggression?

Genau. Es ist unabdingbar, dass wir jetzt eine nationale Bewegung für das Rückkehrrecht starten. Sie arbeiten jetzt full time daran, die traumatisierten Leute mit Schilderungen voller Hoffnungslosigkeit zu überziehen, damit sie nicht mehr zurück wollen. Das erinnert uns an die Zeit von Ende des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts, was wir die hundert Jahre Lynchen in den USA nennen. Wir hatten damals eine Auswanderungswelle von Schwarzen aus dem Süden, wo wir in einzelnen Staaten eine Mehrheit von achtzig oder

neunzig Prozent der Bevölkerung hatten oder eine Beinahe-Mehrheit. Damals emigrierten die Leute en masse wegen dem Lynchen und solchen Sachen. Die Medien und andere hatten das damals gefördert. Der Unterschied heute ist, dass du nur noch Elend finden kannst. Damals gab es die Ford-Fabriken, die Textilindustrie an der Westküste. Überall im Land wurden Eisenbahnschienen gelegt, später kam die Luftfahrtindustrie.

## Die Leute konnten irgendwo hingehen?

Ja. Aber jetzt können sie nirgendwo hingehen. Das ist buchstäblich Genozid. Wir werden in Mord- und Untergangsszenarien gedrängt, wo die Kids von klein auf lernen, aufeinander loszugehen. Das ist eine längere Geschichte, wie grössere Teile der schwarzen Befreiungsbewegung, die die Jugend zu einem fortschrittlicheren Verhalten anleitete, korrumpiert und zum Teil vernichtet wurden. Für die Jugendlichen gibt es heute den Gangkrieg und die Drogenökonomie. Wir haben nicht vor, das zu akzeptieren! Denn wenn die Auswanderung einmal angefangen hat, tendiert sie dazu sich auszubreiten. Das geht über das Recht auf Rückkehr für die unmittelbar Betroffenen hinaus. Wir müssen aus dieser Katastrophe einen politischen Sieg machen, indem wir die Wut in Aktion umwandeln. Das ist das Thema der Konferenz vom 8. und 9. Dezember, der am 10. Dezember eine Grossmobilisierung nach New Orleans folgen wird.

## Was für eine Konferenz? Wer organisiert sie?

Drei grosse Koalitionen. Das ist zum einen der People's Hurricane Relief Fund, der von Community Labor United in New Orleans lanciert wurde und von einer langen Liste von Leuten wie den Black Workers for Justice von North Carolina, Menschenrechtsgruppen und linken Gewerkschaften unterstützt wird. Dann gibt es die Black Activists' Coalition on the Katrina and Rita Disasters. Sie wurde in Baton Rouge (Louisiana) von einigen nationalen Schwarzenorganisationen gegründet wie der National Black United Front, unseren beiden Organisationen, der Nation of Islam oder der New Black Panther Party. Da sind auch zahlreiche Gruppen dabei wie etwa das Jericho Movement, eine Gruppe von politischen Gefangenen. Und schliesslich wird im Zentrum der Konferenz unsere Koalition hier in Mississippi stehen, die Mississippi Disaster Relief Coalition. Da sind wiederum wir drin; die BürgerInnenrechtsorganisation ACLU (die auch den People's Hurricane Relief Fund unterstützt); Project ACORN, eine Organisation im Zusammenhang mit Sozialwohnungen; die Mississippi Workers Federation for Human Rights, die im Delta, in Greenville, angesiedelt ist und auch an der Küste arbeitet oder die Mississippi Artists and Producers Coalition, die von lokalen Rap-KünstlerInnen gegründet wurde.

Am 8. wird es eine vermutlich von der Black Activists' Coalition gesponserte Jugendkonferenz geben, am 9. eine Grosskonferenz, beide hier in Jackson, und am Samstag dann die Grossmobilisierung nach New Orleans unter dem Banner des People's Hurricane Relief Fund. An der Konferenz werden wir eine Vollversammlung der Überlebenden ins Leben rufen, die national eine Politik zugunsten der Anstrengungen der Überlebenden entwickeln soll. Ich hoffe, wir bleiben die kommenden Monate mit euch in Kontakt, denn wir wollen auch ein Internationales Tribunal lancieren, mit soviel internationaler Öffentlichkeit wie möglich.

Für dieses Volkstribunal versuchen wir, anerkannte politische und juristische Persönlichkeiten zu gewinnen, die Zeugnisse und Anklagen gegen das kriminelle Verhalten der Regierung und anderer in Katrina involvierter Instanzen anhören. Wir bitten auch um die Präsenz von internationalen BeobachterInnen. Die Grundidee ist, die Sachlage zuhanden sensitiver, alliierter Nationen zu präsentieren, die bereit sind, uns dabei zu unterstützen, die USA vor der UNO, dem Internationalen Gericht von Den Haag und anderen Körperschaften herauszufordern. Vor diesem Tribunal wollen wir eine Reihe kleinerer Hearings im ganzen Süden mit Zeugnissen von Überlebenden abhalten.

## Wann findet das internationale Tribunal statt?

Vermutlich Ende nächstes Jahr, aber das wird noch an der Konferenz diskutiert werden.

## Benefiz-Essen für den Vorwärts

Am 11.11. für 111 Franken. Freitag, 11. November ab 18.30 Uhr, Helmutstrasse 86c, 8004 Zürich.

Menu: Aperitivo della solidarietà, Antipasto proletario, Risotto del contadino comunista, Sorbetto al limone, Arrosto al vino rosso con contorno di verdure oder Fettine finte alla salsa rossa (vegetarisch) con contorno di verdure, Frutta, Tiramisù classico, Caffé.

Musikalische Leckerbissen: «Nils van der Waerden singt politische Lieder.»

Solipreis: 111 Franken (Paare: 180 Franken). Anmeldung: pdaz@pda.ch oder PdAZ, Rotwandstrasse 65, 8004 Zürich.

# Geht General Motors pleite?

Winfried Wolf. **Nach dem Konkurs des Zulieferers Delphi ist mit dem US-amerikanischen Konzern General Motors der grösste Autokonzern der Welt ernsthaft in Gefahr, in der nächsten Zeit Bankrott zu gehen.**

Am 8. Oktober wurde bei einem New Yorker Gericht der Antrag auf Gläubigerschutz gestellt. Es handelt sich um die grösste Insolvenz in der Geschichte der US-amerikanischen Automobilindustrie. Nein, das war noch nicht die Pleite von General Motors (GM), sondern nur diejenige des Autozulieferers Delphi. Doch die Delphi-Pleite und die Gefahr eines GM-Bankrotts hängen eng miteinander zusammen.

Delphi ist ein industrielles Schwergewicht – mit einem Umsatz von 29 Milliarden US-Dollar, mit weltweit 185 000 Beschäftigten, die wiederum in 167 Werken – davon 45 in Kanada und in den USA – Beschäftigung finden. Zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags hatte der Autozulieferer 22 Milliarden US-Dollar Schulden aufgehäuft. Die Delphi-Verluste lagen 2004 bei 4,75 Milliarden US-Dollar – ähnlich hoch wie sie 2005 für den acht Mal grösseren GM-Konzern erwartet werden.

All das wäre nicht berichtenswert, gäbe es nicht die drei Besonderheiten: Erstens entfällt mehr als die Hälfte des Delphi-Umsatzes auf Geschäfte mit GM. Zweitens begaben sich die Delphi-Topmanager auf den Weg zum Konkursgericht, nachdem es ihnen nicht gelungen war, der Automobilgewerkschaft UAW massive Zugeständnisse abzupressen. Drittens war Delphi bis 1999 Teil des GM-Konzerns. Die GM-Bosse unterzeichneten 1999 einen Ausgliederungsvertrag, wonach GM für Delphi-Pensionslasten und Krankenversicherungskosten bis zu 11 Milliarden US-Dollar aufkommt, «falls Delphi vor 2007 Insolvenz anmelden muss».

Dies bildet den Hintergrund für die Zuspitzung der Krise bei GM selbst. Die Verluste von GM sind zweifellos gross: Im ersten Quartal 2005 waren es 1,3 Milliarden Dollar. Im zweiten Quartal war dann von Verbesserungen die Rede; der Verlust war leicht auf 1,2 Milliarden gesunken. Doch am 17. Oktober musste für das dritte Quartal der Rekordverlust von 1,6 Milliarden mitgeteilt werden. Im gleichen dritten Quartal wurde allerdings auch der Umsatz deutlich gesteigert – um 5 Prozent auf 47,2 Milliarden Dollar. Das macht insofern Sinn, als GM im Kampf gegen die Krisentendenzen im Sommer eine neue Runde in der Rabattschlacht aufgerufen hatte. Seitdem gibt es bei allen GM-PKW Rabatte in der gleichen Höhe wie sie gegenüber den eigenen Mitarbeitern gewährt werden. Das Management der Allgemeinen Motoren-Gesellschaft hebt die gesamte US-Bevölkerung auf Mitarbeiterstatus. Das hat offensichtlich den Absatz ebenso wie den Umsatz angekurbelt. Doch nun macht GM mit den meisten in Nordamerika verkauften PKW Verlust. Gleichzeitig wurde damit der Rabattkrieg unter den US-Herstellern verschärft; die Margen bei Chrysler und beim ebenfalls angeschlagenen Ford-Konzern sinken wieder.

Als GM den neuen Rekord-Quartals-Verlust verkündete, schnellte der Kurs der GM-Anleihen und der Kurs der GM-Aktie nach oben. Parallel zur Ankündigung des neuen Verlusts konnte GM-Boss Rick Wagoner der Finanzwelt zwei erfreuliche Mitteilungen machen: Die Automobilarbeitergewerkschaft UAW war – offensichtlich geschockt von der Delphi-Pleite – in die Knie gegangen und hatte Zugeständnisse bei der Krankenversicherung und den Rentenverpflichtungen gemacht, deren Wert auf 15 Milliarden Dollar beziffert wird. In dieser Höhe werden die Gesundheits- und Rentenausgaben für die 750 000 heutigen und ehemaligen GM-Beschäftigten in den kommenden Jahren reduziert werden. Gleichzeitig kündigte Wagoner an, dass GM die Mehrheit bei der GM-Finanztochter GMAC an einen «strategischen Investor» abgeben werde. Doch beide Vorgänge, die die Kurse nach oben schnellen liessen, deuten darauf hin, dass die Daumen für GM nach unten gehen. Die UAW machte die weitreichenden Zugeständnisse auch deshalb, weil sie eine ernsthafte Konkursgefahr bei GM sieht. Der Verkauf der Mehrheit an GMAC wiederum wird GM zwar kurzfristig eine finanzielle Erleichterung bringen und die Kreditwürdigkeit vor allem der Finanztochter, die bisher wie bei GM auf «Schrott-Anleihen-Status» liegt, anheben. Andererseits ist GMAC enorm ertragreich. Die Finanzgesellschaft agiert vor allem im boomenden Immobiliengeschäft und führte allein in den ersten drei Quartalen 2005 an die Muttergesellschaft Dividenden von 1,5 Milliarden Dollar ab. Ohne diese Gewinnübertragungen läge der GM-Verlust entsprechend höher.

Offensichtlich ist damit eine Pleite von GM zur realen Gefahr geworden. Das sieht auch der Finanzinvestor Kirk Kerkorian so. Er erhöhte seinen Anteil an

GM bereits nach der Ankündigung des ersten grossen Verlusts auf 8 Prozent. Nach der Mitteilung des neuen Verlustes im dritten Quartal erhöhte Kerkorian seinen GM-Anteil auf 10 Prozent. Eine vergleichbare Taktik hatte Kerkorian 1998 bei Chrysler verfolgt, als er seine Anteile erhöhte und dann bei der Übernahme von Chrysler durch Daimler-Benz Kasse machte.

Eine GM-Pleite wäre allerdings vor allem ein Politikum und ein Abenteuer für die weltweiten Finanzmärkte. GM ist mit seiner Geschichte und als viergrösster Industriekonzern der Welt eine US-Institution. Unter dem GM-Dach sind so unterschiedliche Marken versammelt wie Chevrolet, Saturn, Hummer, Buick, Cadillac, Pontiac, Saab, Opel, Vauxhall. Im Juli hatte GM die Mehrheit am südkoreanischen Autobauer Daewoo übernommen und mitgeteilt, weltweit mit Daewoo-PKW, die unter der GM-Marke Chevrolet verkauft werden, in die Offensive zu gehen. GM ist über ein Joint Venture mit dem Autobauer SAIC auch im China-Geschäft stark engagiert und arbeitet dort erfolgreich. Der weltweite Umsatz von GM lag 2004 mit 193 Milliarden Dollar so hoch wie die addierten Umsätze von Nestlé, BMW, Boeing und BASF. Immer noch beschäftigt GM

320 000 Menschen; 1979 waren es noch 468 000. GM ist nach GE (General Electric) der zweitgrösste Anleienschuldner der Welt. Insgesamt hat GM Verbindlichkeiten in Höhe von 298 Milliarden US-Dollar. Als GM und Ford im Frühjahr 2005 von den Rating-Agenturen auf Junk-Bond-Status gesetzt wurden, erklärte ein Sprecher der Deutschen Bank: «Wenn der zweit- und der drittgrösste Schuldner der Welt auf Ramsch-Status gesetzt werden, dann haben nicht nur diese beiden ein Problem. Wir alle haben ein Problem.»

Aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht böte eine GM-Pleite allerdings auch Vorteile: GM würde unter dem Schutz von Kapitel 11 des US-Insolvenzrechtes weiter wirtschaftlich aktiv bleiben. Ein grosser Teil der Pensionslasten könnte dem Staat übertragen werden. Gleichzeitig könnten die Löhne der Noch-Beschäftigten massiv reduziert werden. Die Airlines United Airlines und US Airways haben diesen Weg beschritten und damit die Löhne ihrer Beschäftigten in mehreren Erpressungs-Runden massiv reduziert. Das Delphi-Management kündigte nach dem Gang zum Konkursrichter an, in den USA elf Werke zu schliessen und die Löhne um bis zu sechzig Prozent reduzieren zu wollen.

## Exemplarischer Streik beendet

Bernhard Schmid **Wer kämpft, kann verlieren: Mit einer Niederlage nach 23 Streiktagen endete am 13. Oktober der Aufsehen erregende Arbeitskampf bei der Schifffahrtsgesellschaft SNCM.**

Das in Marseille ansässige Transportunternehmen Société nationale Corse-Méditerranée SNCM betreibt die Fährverbindungen nach Korsika und Algerien. Erstere werden viel von Touristen genutzt, zweite von ImmigrantInnen zur Reise in ihr Herkunftsland. Am 19. September hatte die französische Regierung von Dominique de Villepin einen Privatisierungsplan für die SNCM bekannt gegeben. Demnach sollte der Investmentfonds «Butler Capital Partners» hundert Prozent der Anteile an der bisher öffentlichen Gesellschaft übernehmen. Wie der Zufall so will, ist der Inhaber des Investmentfonds, Walter Butler, ein Studienfreund von Premierminister de Villepin aus gemeinsamen Tagen an der Elitehochschule ENA. Dessen Gesellschaft hat keinerlei Kompetenzen im Transportsektor vorzuweisen. Es war daher klar, dass es der Investmentgesellschaft darum ging, die SNCM «auszuschlachten» und deren Reste weiterzukaufen.

Nach der ersten spektakulären Phase des Ausstands der Seeleute und anderen Beschäftigten musste die Regierung zurückrudern. Zehn Tage später legte sie einen überarbeiteten Plan vor, der vorsieht, dass die öffentliche Hand vorübergehend 25 Prozent der Gesellschaftsanteile behält. Weitere neun Prozent sollen als Streubesitz unter den Beschäftigten ausgegeben werden. Damit sollen die Staatsvertreter und die MitarbeiterInnen – für eine befristete Dauer – eine «Sperrminorität» gegen eine Zerschlagung der Schifffahrtsgesellschaft behalten. Zwei Drittel der Kapitalanteile sollen jedoch nach wie vor an private Übernehmer gehen: für einen Kaufpreis von 35 Millionen Euro, während die SNCM mindestens 450 Millionen wert ist und die öffentliche Hand zugleich deren Schulden vor dem Verkauf übernehmen wird. Neben Butler wird nun ein zweites Privatunternehmen in das Kapital der SNCM eintreten, die Firma Connex, ein Ableger des Véolia-Konzerns, früher unter dem Namen Vivendi bekannt.

Während Walter Butler ein alter Freund des Premierministers ist, gehört Connex einem persönlichen Spezi von Präsident Jacques Chirac, Henri Proglio. In den vergangenen Jahren wurde Connex europaweit im

Transportsektor aktiv und kaufte beispielsweise zwei der insgesamt 23 privatisierten Eisenbahnnetze in Grossbritannien auf. Die Firma verwaltete diese jedoch derart miserabel, dass es selbst der neoliberalen Regierung Blair zu bunt wurde. Diese entzog im Jahr 2003 Connex die Lizenz und übernahm die beiden Bahnnetze wieder selbst. Derzeit sucht Blair nach einem neuen Übernehmer, während die britischen Gewerkschaften die Renationalisierung des Eisenbahnverkehrs fordern.

Den Ausschlag dafür, dass die französische Regierung sich bei der SNCM durchsetzen konnte, gab die Drohung mit der Konkursöffnung. Bis zum Ende der vergangenen Woche, so drohte Wirtschaftsminister Thierry Breton, werde das Konkursverfahren eingeleitet, falls der Streik nicht aufhöre. Offenkundig war die Staatsmacht tatsächlich dazu entschlossen, die SNCM gegen die Wand zu fahren und die 2400 Arbeitsplätze zu vernichten, falls die Umsetzung des Regierungsplans nicht gelinge. Deshalb empfahl die Gewerkschaft CGT die Beendigung des Streiks. Bei einer Urabstimmung am 13. Oktober votierten 87 Prozent der Beschäftigten in diesem Sinne.

Die einzige errungene Verpflichtung seitens der Regierung besteht darin, «für vier bis fünf Jahre» ihre Minderheitsbeteiligung an der SNCM aufrecht zu erhalten. Ferner sichert sie zu, «Gespräche» mit den Reedereiverbänden über das neue französische Billigflaggenreister RIF anzustrengen. Dessen Einrichtung bedeutet, dass Schifffahrtsunternehmer bis zu 75 Prozent ihrer Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern zu Löhnen und Arbeitsbedingungen ihrer Herkunftsländer beschäftigen können. Im April hatten die SNCM-Beschäftigten bereits 17 Tage gegen diese «Bolkestein-Richtlinie auf dem Wasser» gestreikt. Die Regierung sagt nunmehr zu, in Diskussionen zu erreichen zu versuchen, dass diese Legalisierung von Billigarbeit nicht auf die SNCM angewendet wird. «Wenn aber allein die SNCM weiterhin Arbeitskräfte mit französischen Tarifverträgen beschäftigt und ihre Konkurrenten philippinische Seeleute zu Dumpinglöhnen einstellen können, hat die Gesellschaft keinerlei Überlebenschance»,

fürchtet die Tageszeitung L'Humanité. Bereits heute ist die SNCM auch deshalb finanziell angeschlagen, weil ihr Hauptkonkurrent zwar im französisch-korsischen Bastia ansässig ist, aber Seeleute mit italienischen Arbeitsverträgen einstellen kann – zu Bruttolöhnen, die um dreissig Prozent unter denen der korsischen SNCM liegen.

Der Kampf um die SNCM hatte Marseille in einen sozialen Unruheherd verwandelt. Der Freihafen und die Erdölraffinerien traten aus Solidarität in den Ausstand, im Ölhafen von Fos-sur-Marseille wurden die Streikposten durch polizeiliche Sondereinsatzkommandos geräumt. Während der Ausstand im übrigen Hafen zu Ende ging, streikten die Erdölarbeiter noch weiter, nunmehr mit eigenen Forderungen, vor allem der nach einer Risikoprämie im Umgang mit Gefahrenstoffen. Bei den Marseiller Verkehrsbetrieben RTM streikten die abhängig Beschäftigten, die sich ebenfalls einem Solidaritätsstreik angeschlossen hatten, auch noch weiter. Sie forderten Lohnerhöhungen und den Stopp aller Privatisierungspläne für die Verkehrsbetriebe.

Landesweit hat sich die CGT nach dem Streik bei der SNCM und dem Erfolg der landesweiten Protestzüge vom 4. Oktober als wichtigstes gewerkschaftliches Gegenüber der Regierung positionieren können. Dieses Profil benötigt ihre Führung auch dringend, weil sie auf dem Kongress Ende April 2006 einer schwierigen Wiederwahl entgegen sieht. So wird erwartet, dass es in nächster Zeit auch zu einem Konflikt um die Börseneinführung des Energieversorgungsunternehmens EDF kommen wird. Deren Verhinderung hat die CGT zu einer ihrer momentanen Hauptforderungen gemacht. Nach Informationen von Le Monde hatte CGT-Generalsekretär Bernard Thibault sogar ein Tauschgeschäft mit der Regierung einzuführen versucht: die Hinnahme der SNCM-Privatisierung gegen eine Verhinderung der Börseneinführung des Stromversorgers. Dieser Deal scheiterte aber am weit radikaleren Bezirksverband der CGT in Marseille. Nachdem die Niederlage nun besiegelt ist, verkündete Premierminister de Villepin bereits, der Börsengang von EDF solle jetzt «so schnell wie möglich» erfolgen.

# Stimmen aus der Isolation

Peter Nowak. **Zur Roten-Armee-Fraktion (RAF) ist scheinbar alles gesagt. Jetzt hat der Konkret-Verlag ein ganz besonderes Buch herausgebracht: die Briefe der RAF-Mitbegründerin Gudrun Ensslin.**



Wie schwer bis heute eine offene Diskussion über den bewaffneten Kampf als Teil linker Geschichte ist, zeigte sich Anfang Juni in Berlin. Dort sollte über die Bewegung 2. Juni diskutiert werden. Dazu waren auch einige linke und linksliberale Intellektuelle eingeladen worden. Die aber sagten ab, weil sie Angst hatten, sie könnten in Verdacht geraten, mit den Zielen der längst aufgelösten militanten Gruppe zu sympathisieren. Ensslin Christiane und Gottfried (Hrsg.), «Zieht den Trennungsstrich, jede Minute», Konkret Literatur Verlag, 26 Franken.

Ihre Geschwister Christiane und Gottfried haben sich fast dreissig Jahre nach dem bis heute ungeklärten Tod von Gudrun Ensslin in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim entschlossen, die Briefe ihrer Schwester aus der Zeit zwischen 1972 und 1974 zu veröffentlichen. Die Entscheidung wird ihnen sicher nicht leichtgefallen sein, denn niemand weiss, ob die Verfasserin der Veröffentlichung zugestimmt hätte. Gudrun Ensslin gilt in der Öffentlichkeit noch immer als die egozentrische Tyrannin, die mit dem Playboy Andreas Baader die RAF beherrschte und auch gegen ihre MitgenossInnen intrigierte. Während Ulrike Meinhof als verirrte Journalistin und Moralistin zumindest teilweise Verständnis erheischt und Holger Meins längst auch als Filmemacher und Künstler bekannt ist, bleibt Gudrun Ensslin mit Baader der böse Geist der RAF. Verständlich, dass die Geschwister mit den Briefen dokumentieren wollen, was sie wirklich bewegte.

Der erste abgedruckte Brief ist zehn Tage nach Ensslins Verhaftung geschrieben worden. Er reflektiert den ersten Besuch ihrer Schwester, der wohl nicht zu Gudruns Zufriedenheit verlaufen ist: «Versteh' mal, dass ich gestern nur eins wollte: Klarheit in unsere Beziehung bringen, unser Verhältnis endlich zu einem politischen machen.» Man merkt: Hier versucht eine Gefangene, sich mühsam im Knastalltag zurechtzufinden und ein politischer Mensch zu bleiben.

Die Gefangene verlangt immer wieder nach Jacken und anderen Kleidungsstücken. Oft kommt dann von der Justiz ein Veto, die gekauften Sachen werden wieder zurückgeschickt. Dabei erfährt man mehr über die Knastbedingungen als in einer politischen Abhandlung über Isolations- und Einzelhaft: «(...) weil ich nämlich vor ein paar Tagen stundenlang mit Schüttelfrost im Bett lag, das ich gerade noch rechtzeitig, schwarz vor Augen erreichte. Das liegt natürlich nur zum Teil an der Kälte, darüber hinaus an dem Kreislauf einer Person, die sich beschränkt bewegt.»

Die Gefangene konferiert vor allem mit ihrem Bruder über schwierige theoretische Fragen. Da geht es

um Karl Marx, Jean Genet, Wilhelm Reich, Theodor Adorno, Herbert Marcuse, Rosa Luxemburg und andere wichtige TheoretikerInnen der Linken. Detailreich diskutiert sie mit Gottfried über die Frage, welche Rolle die damals neu entstandene Homosexuellenbewegung in der Linken spielen soll. Sehr hellsehtig und bis heute aktuell auch ihre Diagnose: «Ich bin ja überhaupt überzeugt davon, dass die Zersplitterung der Linken neben den sowieso klaren Gründen (die Klassenbedingtheit, der Angsthaushalt) in der Missachtung von Marx begründet ist, das heisst zu viele gehen mit ihm um wie die letzten sogenannten Vulgärmarxisten, denen Marx nur zur besseren und nötigen Zementierung der bestehenden Verhältnisse dient, und natürlich gut dient.»

Den BriefpartnerInnen ist bewusst, dass alles von der Justiz mitgelesen und nicht selten beschlagnahmt wird. So wird Christiane Ensslin ein 1972 von ihrer Schwester verfasster Brief erst 1981 ausgehändigt – vier Jahre nach deren Tod. Ein Brief ist ganz verloren gegangen. Die Gründe für die Beschlagnahmungen sind zahlreich, zum Beispiel die Bemerkung von Gudrun, dass «der Wurm» mitliest. In ihrer Beschwerde reagiert die Gefangene schon fast humorvoll. «Schliesslich zu dem Wort Wurm: Er ist in der Literatur seit Shakespeare bekannte Metapher, die beispielsweise das Nagende, aber Unsichtbare bedeutet.» Trotzdem blieb auch dieser Brief beschlagnahmt. Eine Begründung des Bundesgerichtshofs lautete auch, dass Christiane Ensslin davor bewahrt bleiben muss, selber in die Politik der RAF hineingezogen zu werden. Die Sorge war unbegründet, beide Geschwister sind heute bekennende Linksliberale, die allerdings weiterhin der Meinung sind, dass der Staat in der «bleiernen Zeit» der 1970er Jahre im Kampf gegen seine linken politischen Gegner weit über das Ziel hinaus geschossen ist. Die Herausgabe der Briefe ist um so verdienstvoller in einer Zeit, in der scheinbar die Herren Butz Peter und Philipp Reemtsma das Monopol über die Deutungsmacht des bewaffneten Kampfs zu haben scheinen.

## «Luft und Lärm»

Zürich. «Reisst die Hardbrücke ab!» Die IG Kreis 5 organisiert im Herbst 2005 Spaziergänge durch den Kreis 5, um auf die Verkehrsbelastung durch den Partyverkehr aufmerksam zu machen und gegen die anstehende Verkehrsbaulawine mit Stadttunnel, Sihlast und Waidhaldentunnel zu protestieren. Siehe [www.ig-kreis5.info](http://www.ig-kreis5.info).

FREITAG, 28. OKTOBER, BESAMM-LUNG 19.30 UHR AUF DEM RÖNTGEN-PLATZ

## Empowerment im Maghreb

St. Gallen. Nadja Ait Zai aus Algier und Fouzia Assouli aus Casablanca, Expertinnen für Frauenrechte, diskutieren auf Einladung des cfd Aktivitäten für die Besserstellung von Frauen und die Reform des Familienrechts in Marokko und Algerien. Siehe [www.cfd-ch.org](http://www.cfd-ch.org).

FREITAG, 28. OKTOBER, 19.30 UHR, ARCHIV FÜR FRAUEN- UND GESCHLECHTERGESCHICHTE, ST. LEONHARDSTR. 63

## Lange Nacht der kurzen Geschichten

Zürich. Der Dichter, Maler und Musiker Anton Bruhin liest Palindrome aus seinen beiden Sammlungen «Spiegelgedichte» und «Hier jetzt», danach Apéro. Reservation: 044 241 42 32.

FREITAG, 28. OKTOBER, 20 UHR, BUCHHANDLUNG AM HELVETIAPLATZ, STAUFFACHERSTRASSE 60

## Nestlé-Tribunal

Bern. Öffentliche Anhörung zum Fall Nestlé, um die Machenschaften des Schweizer Lebensmittelkonzerns aufzuzeigen. Ein Rat aus bekannten Persönlichkeiten beurteilt in einem symbolischen Tribunal die Verantwortung des Konzerns. Mit diversen Workshops und Essen und Musik aus Kolumbien. Siehe [www.mutiwatch.ch](http://www.mutiwatch.ch).

SAMSTAG, 29. OKTOBER, 9.15 BIS 18 UHR, UND SONNTAG, 30. OKTOBER, 9.15 BIS 16 UHR, KORNHausFORUM

## Big Brother Awards

Zürich. Preisverleihung für die schlimmsten Datenschutzverletzungen. Mit der Spoken-Word-Gruppe «Bern ist überall» und dem Sprecherkünstler-Duo «Onophon», dazu exklusive Videobeiträge, darunter spektakuläre Bilder aus Überwachungskameras. Siehe auch: [www.bigbrotherawards.ch](http://www.bigbrotherawards.ch).

SAMSTAG, 29. OKTOBER, AB 20.30 UHR, ROTE FABRIK

## Resist!

Bern. Dok-Film zum berühmten Living Theatre, das in künstlerischer Form Widerstand gegen Krieg und Nationalismus leistet. Anschliessend Diskussion mit den FilmemacherInnen. Siehe [www.reitschule.ch](http://www.reitschule.ch).

SAMSTAG, 29. OKTOBER, 21 UHR, KINO IN DER REITSCHULE

## Videopremiere

Zürich. «Von Widerstand und Utopie – in Davos und anderswo». Bilder von Aktionen gegen WEF, WTO, G8, IWF. (Dauer 41 Minuten)

MITTWOCH, 2. NOVEMBER, 20.30 UHR, INFOLADEN KASAMA, MILITÄRSTR. 87A

## Bewaffneter Widerstand

Zürich. Veranstaltung mit einem ehemaligen politischen Gefangenen der Cellules Communistes Combattantes (CCC). Die CCC gründeten sich in den 1980er Jahren in Belgien, um bewaffnet für den Kommunismus zu kämpfen. Nach Jahren in Haft gründeten zwei von ihnen in Brüssel die Rote Hilfe und den M-L-Bloc. Siehe [www.aufbau.org](http://www.aufbau.org).

DONNERSTAG, 3. NOVEMBER, 19 UHR, MOZAIK, STAUFFACHERSTRASSE 101A, HINTERHOF BEIM CAFÉ MO.

## AusgeLAGERT

sub. Die Nachrichten aus Ceuta und Melilla werfen ein Schlaglicht auf die Abschottungspolitik der «Festung Europa». Solche Flüchtlingsdramen sind grausamer Alltag an den Aussengrenzen Europas. Hier wird die Abwehr der Flüchtlinge organisiert und ihr Tod in Kauf genommen. In den vergangenen zwei Jahren starben rund um das Mittelmeer mehr als 600 Menschen auf dem Wege nach Norden. Internierungs- und Haftzentren als entscheidende Orte der Migrationskontrolle dienen dazu, Menschen effektiv aus Europa fernzuhalten oder wieder herauszuschaffen. Die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration hat zusammen mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie einen Sammelband über die Wiederkehr der Lager zusammengestellt. Im FFM-Heft 10 mit dem Titel «AusgeLAGERT» untersuchen die AutorInnen ausgehend von der «Cap-Anamur-Affäre», der spektakulären Rettungsaktion von 37 schiffbrüchigen Migranten auf dem Mittelmeer im Sommer 2004, die europäische Lagerpolitik und die Ausdehnung der Migrationskontrolle auf die nordafrikanischen Staaten. Der reichhaltige Material- und Diskussionsband kostet 18.30 Franken. [WWW.ASSOZIACION-A.DE](http://www.assoziacion-a.de)

## Langstrasse

sub. Das Zürcher Langstrassenquartier ist ein traditionelles ArbeiterInnenviertel. In den vergangenen Jahren wurde es durch Neubauten und Renovationen «aufgewertet». Die Bebauung «Neurogate» am HB und das geplante Prestigeobjekt auf dem Kasernenareal werden das Quartier weiter verändern. Das stadt.labor der Roten Fabrik will die Diskussion über die Zukunft des Quartiers anregen. Mit einem Planspiel sollen die Probleme um die Langstrasse auf kreative und spassige Weise thematisiert werden. 25 bis 40 Personen setzen sich mit einem fiktiven Szenario zur Stadtentwicklung auseinander und hinterfragen den sozialen Umstrukturierungsprozess des Quartiers. Das Planspiel ist interaktive Lernform und zugleich spielerische Auseinandersetzung. Wer definiert, was Aufwertung ist? Welche Interessengruppen gibt es? Wo gibt es Einflussmöglichkeiten? Teil I ist am 30. November von 20 bis 22 Uhr, im Kunstraum Walcheturm. Hier werden die Ausgangslage skizziert, die Regeln besprochen und die Rollen verteilt. Das eigentliche Spiel läuft am 4. Dezember in der Roten Fabrik von 12 bis 21 Uhr. Wer mitspielen will, kann sich bis 27. November verbindlich anmelden. Die Teilnahme ist gratis. [STADTLABOR@ROTEFABRIK.CH](http://STADTLABOR@ROTEFABRIK.CH)

## Pass auf!

Raphael Bruggisser. Gewinnen Sie einen neuen Schweizer Pass! Auf [www.passauf.ch](http://www.passauf.ch) kann seit knapp fünf Monaten für das kleine rote Büchlein kandidieren, wer ein Passfoto einschickt und einen Fragebogen zu Ess- und Trinkgewohnheiten, Hobbys und finanziellem Hintergrund ausfüllt. Anhand dessen wird dann online über die KandidatInnen abgestimmt. Das Kunstprojekt «Pass auf» der eingebürgerten spanischen Künstlerin Adela Picón thematisiert nicht nur Fragen zur Migrationspolitik, die Qualitäten von Staatsbürgertum und die aktuellen Debatten um den gläsernen Bürger oder die Kontroverse um Pässe mit biometrischen Daten, sondern präsentiert sich auch als autonomes, öffentliches Kulturprojekt und spricht damit kunsttheoretische Probleme an – «New Public Art», so die Formel für diese Art kultureller Arbeit. Das Projekt, das am 26. Mai mit einer Debatte zur Schweizerischen Einbürgerungspolitik begann, findet nächsten Samstag im Kulturzentrum Progr in Bern seinen Höhepunkt mit einem Wahlstudio. Hier werden die Resultate und Auswertungen bekannt gegeben. Angekündigt sind prominente Gäste und ein Apéro: also: «Ich liebe Kunst», «Ich schaue oft fern» und «Ich trinke Alkohol». SAMSTAG, 28. OKTOBER, 18 UHR.

Hier müsst ihr essen gehen! Diese Beizen unterstützen unseren Relaunch mit einem Vorwärts-Tischset. BASEL: Restaurant Hirscheneck, Lindenbergrasse 21. BERN: Brasserie Lorraine, Quartiergasse 17. Café Kairo, Dammweg 43. Restaurant Sous le Pont, Reithalle. Restaurant O'Bolles, Bollwerk 35. BIEL: Restaurant St. Gervais, Untergasse 21. NIDAU: Restaurant Kreuz, Hauptstrasse 33. SOMMERI: Kultur Kulinarik Löwen. SCHAFFHAUSEN: Genossenschaft Fassbeiz, Webergasse 13. SOLOTHURN: Restaurant Kreuz, Kreuzgasse 4. WINTERTHUR: Restaurant Widder, Metzggasse 9. ZÜRICH: Restaurant Café Zähringer, Zähringerplatz 1. Restaurant Ziegel oh Lac, Seestrasse 407. Der Rote mit dem linken Mehrwert (Vorwärtswein) ist ab sofort wieder erhältlich im Lebensmittelladen Christen, Teufenerstr. 145, St. Gallen (und bei der VORWÄRTS-Administration).



# Angst vor den Bewegungen: Die Rechte will Wahlen verhindern

Sergio Cáceres. **In Bolivien könnten am 4. Dezember die sozialen Bewegungen an die Macht kommen – gesetzt den Fall, der Rechten gelingt es nicht, bis dahin die Wahlen zu verhindern.**

Am 12. Oktober versammelten sich über 10 000 Personen in La Paz. Sie wählten dem Auftakt zur Wahlkampagne der Bewegung zum Sozialismus (MAS) bei, dem politischen Instrument diverser Bewegungen und indigenen Organisationen, die im Dezember den Kokabauern und Aymara-Indígena Evo Morales zum Präsidenten Boliviens machen wollen. Das Datum für den Auftakt der Wahlkampagne war nicht zufällig: An diesem Tag waren 513 Jahre seit Beginn der spanischen Eroberung vergangen. Die Eroberer hatten einen Genozid ungeheuren Ausmasses durchgeführt. Seither blieb die indigene Bevölkerung den kreolischen Oligarchien der Nachfahren der Eingewanderten untergeordnet, welche die Macht von der spanischen Krone geerbt hatten.

Am vergangenen 12. Oktober wurde derjenige präsentiert, der im Dezember zum ersten indigenen Präsidenten in der Geschichte der Region werden könnte. Während der Kundgebung richtete Evo Morales eine lange, bewegende Rede in drei Sprachen an die Menge: auf Aymara, Spanisch und Quechua. Es handelte sich um eine besondere Veranstaltung: Noch selten (oder nie) war es einem Kandidaten gelungen, eine solche Diversität der Bevölkerung zusammenzubringen.

In den Wahlen im Juni 2002 war die MAS mit 21 Prozent Stimmen auf den zweiten Platz gelangt (die MNR gewann die Wahlen mit 22 Prozent). Zurzeit erhält die MAS laut den Umfragen zwischen 28 und 33 Prozent. Auch abseits der Statistiken scheint der Sieg von Evo Morales selbstverständlich, schliessen sich doch immer mehr UnterstützerInnen diesem politischen Projekt an. Warum erhält eine Partei, die aus den Kokabauern-Gewerkschaften entstanden ist, so breite Unterstützung? Vielleicht kommt es daher, dass diese Bewegung Trägerin einer neuen Legitimität ist, welche droht, die weissen und Mestizo-Eliten ihrer Macht zu entheben, spricht diejenigen, die während Jahrzehnten eine Hegemonie ausgeübt haben und die Macht dank Unterstützung der Ölmultis und der USA erhalten konnten. Es handelt sich um einen Moment der Transition von historischer Bedeutung, und es wird nicht einfach sein. Im Moment spielen die konservativen Kräfte verschiedene Karten, um zu verhindern, dass die Wahlen abgehalten werden, und es wird gar von einer Invasion gesprochen.

## Gegen Parteienherrschaft

Seit der Rückkehr zur Demokratie und dem Eintritt ins neoliberale Modell haben drei politische Parteien in Bolivien die Macht unter sich aufgeteilt, mittels eines Systems von Allianzen und Pakten, welche eine Regierbarkeit sichern sollten. Die Nationalistische Revolutionäre Bewegung (MNR), die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegründet wurde und Gonzalo Sánchez de Lozada an die Macht brachte (siehe VORWÄRTS vom 30. September 2005), die Demokratische Nationalistische Aktion (ADN) des verschwundenen Diktators Hugo Bánzer Suárez und die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), welche in den 1980er Jahren die Linke verliess, um das Marktmodell zu übernehmen.

Diese Parteien standen nur theoretisch in der Opposition zueinander, in der Praxis trieben alle drei dasselbe Programm voran, welches auf den von Weltbank und Internationalem Währungsfonds diktierten Rezepten aufbaut, den Abbau des Staats und die Übergabe der natürlichen Ressourcen an transnationale Konzerne fördert.

Parallel dazu, als politische Karriere zu einer interessanten Beschäftigung für diejenigen wurde, die ein schnelles Vermögen machen wollten, wurde der Überlauf von einer Partei zur andern zu einer geläufigen Praxis von PolitikerInnen, welche es ihnen erlaubte, sich an der Macht zu halten, unabhängig vom Ausgang der Wahlen. Zudem wurden die Wahlen zu einer Art Lotterie, und es nützte nichts, Politiker zu wählen, da diese oft fähig waren, einen Gegner zum Präsidenten zu machen. Das Fehlen einer Ernsthaftigkeit im politischen System führte zu einer Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den politischen Parteien und ihren Führern. Diese vertraten niemanden mehr, sie wurden im Gegenteil zu einer eigenen Kaste, einer Parteien-

herrschaft, wo die Macht von Hand zu Hand weitergereicht wurde.

Im Vorfeld der Wahlen im Dezember scheint sich das Wahlszenario verändert zu haben. ADN und MIR sind verschwunden, vom Trio, welches der Parteienherrschaft Gestalt gegeben hatte, überlebt nur die MNR, und diese tritt mit einem bisher völlig unbekanntem Kandidaten an. Als Ersatz für die anderen zwei Parteien sind neue entstanden: das Demokratische und Soziale Projekt (Podemos), angeführt von Ex-Präsident Jorge Quiroga, und die Nationale Einheit (UN) unter der Führung des Unternehmers Samuel Doria Medina.

Die Schaffung dieser zwei Parteien, die sich personell kaum von den alten unterscheiden, macht die Absenz einer politischen Ernsthaftigkeit nur allzu deutlich. «Podemos» besteht aus ADN-Mitgliedern, welche in die neue Partei übergetreten sind, ohne aus der alten zurückzutreten. MIR hat es ihren Mitgliedern freigestellt, sich «Podemos» und/oder der UN anzuschliessen (der Anführer der UN ist ebenfalls bei MIR).

In diesem Kontext erscheint die MAS als einzige Trägerin einer Legitimität. Das äussert sich auch in ihrem parlamentarischen Leben, wo sie sich von Allianzen und Pakten mit anderen Parteien fern gehalten hat. Sie hat damit eine authentische politische Opposition ausgeübt.

Die Legitimität der MAS gründet in der Form, wie die Partei als politisches Instrument geschaffen wurde, nämlich von den sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen her. Mit dem Ziel, sich der Parteienherrschaft entgegenzustellen, sahen die Bewegungen die Notwendigkeit der Schaffung eines politischen Instruments. Kandidat fürs Präsidentenamt ist nicht, wie im Falle der GegnerInnen, ein mächtiger oder vermögenter Unternehmer, welcher dank seiner Macht Chancen hat gewählt zu werden. Evo Morales wurde von der Basis der sozialen Organisationen gewählt.

Aus diesen Gründen ist für viele Leute die Wahl der MAS zur einzigen Option geworden, wo ihre Stimme nicht hinterher von macht- und geldlüsternen Politikern verhandelt wird. Dies erlaubt der Partei, auch in der Mittelklasse Sympathien zu gewinnen, welche bis vor kurzem gegenüber sozialen und indigenen Bewegungen eher distanziert war.

## Schmutziger Krieg

Jetzt scheint die MAS in eine Dynamik geraten zu sein, in welcher alles zu ihren Gunsten geschieht. So dass sie es nicht nötig hat, eine millionenschwere Wahlkampagne in Angriff zu nehmen, um damit den anderen Kandidaten gegenüberzutreten zu können, die dies tun. (Die MAS beschloss, das Geld zurückzuweisen, das der Staat den Parteien für Wahlkampagnen zur Verfügung stellt. Die Zurückweisung war eine Art Ehrlichkeits-Akt gegenüber den BürgerInnen, um klarzustellen, dass die MAS im Gegensatz zu den traditionellen Parteien keine Arbeitsvermittlungsstelle für PolitikerInnen oder ein Ort des Schaffens von persönlichem Vermögen ist.) Auch der schmutzige Krieg gegen die MAS, mit Beschuldigungen diverser Natur gegen ihre Kandidaten, hat bisher keineswegs die Legitimität der Bewegung vermindern können.

Kurz vor dem Start der Wahlkampagne begann die Möglichkeit eines MAS-Wahlsiegs, den konservativen Sektoren Kopfschmerzen zu bereiten. Jetzt ist alles schon einen Schritt weiter und es ist nicht mehr der Wahlsieg von Morales, der ihnen Sorgen macht, sondern die Möglichkeit, dass die MAS ausserdem auch noch eine parlamentarische Mehrheit erlangt. Vor diesem Hintergrund wurde der Schmutzkrieg gegen die MAS zu einem Krieg gegen die eigentliche Durchführung der Wahlen.

Vor einigen Wochen fand das Verfassungsgericht einen Mechanismus, um die Wahlen im Dezember als verfassungswidrig zu erklären: Es erklärte, das Dekret, mit welchem die Wahlen anberaumt worden waren, verletzte die Verfassung. Weiter führte das Gericht auch das Problem der Neuverteilung der Parlamentssitze (entsprechend der Volkszählung vom Jahr 2001) an. Die Forderung nach einer Neuverteilung stammte aus dem Departament Santa Cruz im Osten von Bolivien, wo sich die Öl-Oligarchie und die konservativsten Sektoren des Landes befinden. Beide Entscheidungen des



Gerichts schufen ein Klima der Unsicherheit, welches mit Gerüchten und Drohungen diverser Sektoren angereichert wurde. Die hauptsächliche Drohung ist die einer Zerstückelung des Landes; sie steht in Bezug zur Radikalität, mit welcher aus Santa Cruz die Erhöhung der Parlamentssitze dieses Departements gefordert wird – andernfalls würde eine Versammlung gebildet und die Autonomie der Region erklärt.

Nach diversen Debatten befand das Gericht, dass das Dekret zur Einberufung der Wahlen doch nicht gegen die Verfassung verstosse, und am 13. Oktober gab es grünes Licht für die Wahlen. In Bezug auf die Neuverteilung der Parlamentssitze ordnete das Gericht an, dass der Kongress die Neuverteilung vorantreiben müsse. Auch wenn damit die Frage bereinigt und der Weg zu den Wahlen bereitet werden sollte, besteht nach wie vor keine Übereinkunft über die Neuverteilung, und die Wahlen sind noch nicht gesichert. Der Kongress schiebt die Behandlung des Themas vor sich hin, während der Präsident nach einem Dekret sucht, um das Dilemma zu lösen.

## Bewaffnete Invasion?

In diesem fragilen Klima begannen im Internet Informationen zu zirkulieren, welche der bolivianischen und der peruanischen Armee zugeschrieben werden und die von einem Plan sprechen, um eine bewaffnete Intervention in Bolivien zu organisieren und so die Möglichkeit zu vereiteln, dass Evo Morales an die Macht kommt. Laut diversen Quellen, unter anderem Bolpress, bezieht dieser Plan die Verschiebung der Wahlen ein, mit dem Ziel, Unruhe zu stiften und neue soziale Konflikte zu erzwingen, welche eine Intervention «zum Erhalt der Demokratie» rechtfertigen. Diese Intervention fände unter dem Befehl der USA statt, mit der Unterstützung der chilenischen, paraguayischen und argentinischen Streitkräfte sowie von UNO-Blauhelmen.

Die Existenz dieses Plan scheint bestärkt dadurch, dass Führer von Bürgergruppen in Santa Cruz die Wahlen verhindern wollen, während sie gleichzeitig versuchen, einen regionalen Zusammenstoss zu provozieren, welcher das Gefühl eines Bürgerkriegs vermittelt. Zum Klima der Destabilisierung kommen Erklärungen von Führern wie Jaime Solares vom Gewerkschaftsdachverband COB hinzu, welcher erklärt hat, dass in einem Machtvakuum das Volk den Präsidentenpalast einnehmen würde, um eine Revolutionäre Verfassungsgebende Versammlung zu schaffen, oder von Felipe Quispe, der damit gedroht hat, die Häuser der Abgeordneten einzunehmen, um «gemeinschaftliche Gerechtigkeit» walten zu lassen.

Bis zum Redaktionsschluss war noch unklar, ob die Wahlen wie angekündigt am 4. Dezember stattfinden werden. In Bezug auf die MAS sieht es so aus, als ob all die Versuche, die Wahlen zu verhindern und den Wahlerfolg der Partei der sozialen Bewegungen zu vereiteln, sie stärken würden.

**Evo Morales von der MAS spricht beim offiziellen Auftakt der Präsidentschafts-Wahlkampagne zu mehreren Tausend UnterstützerInnen.**

**Bild: Noah Friedman-Rudovsky**

## Bolivien-Serie

**Der Autor Sergio Cáceres ist Herausgeber der internationalen Ausgabe von «El Juguete Rabioso», einer unabhängigen linken, zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung in Bolivien. Für den VORWÄRTS verfasst Sergio Cáceres eine Artikel-Serie zum Hintergrund der sozialen Bewegungen und der geplanten Wahlen in Bolivien am 4. Dezember. Der erste Teil erschien am 30. September. In den nächsten zwei Monaten werden weitere Teile veröffentlicht.**

## Rote Kohle

Den nebenstehenden Text konnten wir dank der Aktion «Rote Kohle» finanzieren. Fünfzig Prozent des Redaktions-Budgets finanziert der Vorwärts mit Beiträgen seiner Leserinnen und Freunde. Helfen Sie mit, ein Stück Gegenöffentlichkeit zu sichern. Spendenkonto: Verlagsgenossenschaft Vorwärts, Basel, PC 40-19855-7.